

Streiks in Europa - und Österreich?

Während in Österreich die Belastungspläne des "geschäftsführenden Ausschusses" der Kapitalistenklasse ohne nennenswerten Widerstand geschluckt werden, hat sich europaweit im vergangenen Herbst an verschiedensten Fronten gezeigt: Die Lohnabhängigen nehmen die immer schwereren Belastungen nicht hin; sie sind im Stande, sogar verkrustete Gewerkschaftsstrukturen in Bewegung zu setzen, um ihre Interessen zumindest teilweise zu verteidigen; und alle nennenswerten Streikbewegungen - in Deutschland, Belgien, Spanien, Italien, Portugal - tendieren dazu, politische Streiks zu werden.

Was in Österreich (noch) unverständlich sein mag, haben die Kolleginnen und Kol-

legen in anderen Ländern in unterschiedlicher Schärfe er-
kannt: Die bürgerlichen Re-



gierungen (ob mit oder ohne sozialdemokratischer Beteiligung) versuchen alles, den politischen Bewegungsspielraum der arbeitenden Klassen einzuengen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Zurückzudrehen in die Zeiten eines "liberalen" Kapitalismus, in der noch jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ihren Lohn individuell aushandeln musste. Europaweit gehen die Kapitalisten daran, die Tariffreiheit (d.h., das Recht, Kollektivverträge auszuhandeln) anzugreifen. Der oft erwähnte und nach wie vor geheimnisumwitterte transatlantische Freihandelsvertrag TTIP könnte sich hier als machtvoller Hebel erweisen.

Das in den Streiks, vor allem in Südeuropa und Belgien, die Angriffe auf die Pensionen und das Gesundheitssystem thematisiert werden, ist ebenfalls kein Zufall. Die nationalen Bourgeoisien versuchen die Krise zu nützen, um nicht nur in der eigenen Klasse die Fronten zu begradien (wer nicht profitabel genug produziert, krepitiert), sondern auch soviel

wie möglich an für sie unnötigen Ballast abzuwerfen. Und dazu gehört nun einmal die oft strapazierte "Grundversorgung" der arbeitenden Bevölkerung. Arbeiten bis zum Umfallen, und das möglichst lang; dazu durch das steigende Arbeitslosenheer immer ausreichender Nachschub an Arbeitskräften - Kapitalist, was willst Du mehr? Und wenn man dazu noch die Ausgaben für Bildung und Kultur senkt, damit "der Pöbel" möglichst dumm gehalten werden kann und sich mangels Einsicht nicht auflehnen kann - umso besser!

Die zunehmende soziale Ungleichheit, die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz, die gegnerischen Klassen zu spalten, begünstigt obskurantistische und religiöse Bewegungen, die wiederum reaktionären Führerinnen und Führern die Gelegenheit bietet, sich als Alternative zum "verkommenen" kapitalistischen System zu präsentieren. Neonazistische und islamo-faschistische Gruppen werden mit Unterstützung oder, im günstigsten Fall, Duldung der bür-

weiter auf der nächsten Seite

DOSSIER: STREIKS IN EUROPA / ISLAMGESETZ / PEGIDA / CoREP ZU GRIECHENLAND UND TERROR IN PARIS / PERU / GLÜCKSPIEL

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

gerlichen Geheimdienste aufgebaut, um mit terroristischen Aktionen noch mehr Repression, noch mehr Überwachung, noch mehr Abbau demokratischer Freiheiten zu rechtfertigen. Gegebenenfalls bilden diese faschistischen Banden den Kern für eine "harte" Lösung im Krisenfall, wenn die Bourgeoisie ihre Macht nicht mehr anders verteidigen kann als durch unverhohlenen, brutalen Terror.

Politisch wesentlich gefährlicher sind die so genannten "Rechtspopulisten", die meistens das Scharnier zwischen

den traditionellen reaktionären Gruppierungen der herrschenden Klasse und den erwähnten faschistischen Gruppen und Grüppchen bilden. Sie sind es auch zumeist, die auf der parlamentarischen Ebene die reaktionärsten Vorstöße unternehmen und als aggressivster Rammbock gegen die Lohnabhängigen und die Jugend wirken.

Die Friedhofsruhe in Österreich wird aber nicht verhindern können, dass es früher oder später zu Eruptionen der Unzufriedenheit und Empörung kommen wird. Auch

wenn jeder spontane Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützt werden muss - entscheidend ist es, jetzt schon den Grundstein für eine revolutionäre Organisation, und, in Perspektive, eine revolutionäre Partei zu legen, die imstande ist, in spontane Bewegungen ein schlüssiges Programm des Kampfes gegen die bestehenden Zustände hinein zu tragen.

Das ist aber nur dann möglich, wenn sich die politisch fortgeschrittensten Lohnabhängigen und Jugendlichen das entsprechende theoretische

Rüstzeug für die kommenden Kämpfe schon jetzt aneignen. Daher setzen wir von der Gruppe Klassenkampf einen klaren Schwerpunkt auf die politische Schulungsarbeit - sei es in Form unserer Einführungs- und Fortbildungsschulung in den Marxismus oder des "Marxistischen Schulungszyklus", der an Hand aktueller Fragen helfen soll, grundlegende Einsichten gemeinsam zu erarbeiten.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis - im nationalen wie im internationalen Rahmen!

Das Beispiel Deutschland: Angriff auf das Streikrecht

Wenn in Österreich von den "deutschen Gewerkschaften" die Rede ist, denken die meisten Menschen an den DGB und seine Einzelgewerkschaften. Der Streik der Lokführer und Lokführerinnen, der Piloten und Pilotinnen, hat aber gezeigt, dass auch klassische Berufsgewerkschaften nach wie vor eine (kämpferische) Rolle spielen können. In Deutschland gibt es deren vier: Die GDL (Gewerkschaft der Lokführer), die VC (Vereinigung Cockpit), die UFO (Unabhängige Flugbegleiter Organisation) und den Marburger Bund.

Revolutionäre Marxistinnen und Marxisten treten traditionell für einheitliche Gewerkschaften nach dem Industriegruppenprinzip ein: Eine Branche - eine Gewerkschaft. Die Einheit (im Streik, im Kampf) ist ein wichtiger Schritt, um Erfolge für die Lohnabhängigen zu erzielen. Das entbindet uns und die fortgeschrittensten Arbeiter aber keineswegs von der Notwendigkeit, die Gewerkschaftsbürokratie in diesen Gewerkschaftseinrichtungen

zu bekämpfen und zu versuchen, die Interessensvertretung der arbeitenden Menschen zurückzuerobern, aus den Fängen der bezahlten und in den Staat integrierten Funktionäre zu entreißen.

Historisch haben sich in einigen Ländern Berufs- oder Branchengewerkschaften gehalten. Solange die Mitglieder dieser "Sondergewerkschaften" kein Zusammengehen mit anderen, größeren Gewerkschaften in der übergeordneten Gesamtbranche

anstreben, verteidigen wir diese Gewerkschaften ebenso wie alle anderen gegen Angriffe der Unternehmer und des bürgerlichen Staates.

Im November 2014 hat die

GDL den bisher längsten Streik in der Geschichte der deutschen Eisenbahn geführt: 64 Stunden Streik im Personen- und 75 Streikstunden im Güterverkehr haben den Zorn



von bürgerlicher Presse, Politikern und - konkurrierenden DGB-Gewerkschaftern entfacht.

Gegen die "Tarifeinheit"!

Ehe wir uns dem Streik und seinen Ursachen zuwenden, wollen wir eine angebliche "Konsequenz" dieses Streiks erwähnen: In größter Einmütigkeit haben die CDU-Kanzlerin Angela Merkel und die SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles (Ex-Vorsitzende der JuSos) unter dem Eindruck der Streiks bei Bahn und Lufthansa einen Gesetzentwurf zur Tarifeinheit präsentiert, in dem es heißt: "Soweit sich die Geltungsbereiche nicht inhaltsgleicher Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften überschneiden (kollidierende Tarifverträge), sind im Betrieb nur die Rechtsnormen des Tarifvertrags derjenigen Gewerkschaft anwendbar, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des zuletzt abgeschlossenen kollidierenden Tarifvertrages im Betrieb die meisten Mitglieder hat." Damit sollen die

Berufsgewerkschaften "umgebracht" werden, ihre Kampfmaßnahmen würden in die Illegalität gedrängt. Das beschämende an diesem Entwurf: In den Grundzügen haben sich bereits 2010 der deutsche "Arbeitgeber"verband BdA und die Gewerkschaftsspitze des DGB auf eine ähnliche Position geeinigt. Unter dem Druck der IG Metall-Basis und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mussten die DGB-Bonzen damals aber einen Rückzieher machen. Und, natürlich, ist auch das Verbot "politischer Streiks" vorgesehen. Wobei, wie der Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn gezeigt hat, in unserer Epoche jeder, selbst der "harmloseste", ökonomische Streik zwangsläufig zu einem politischen Streik wird.

Zurück zum GDL-Streik. Gewerkschaftsvorsitzender Claus Weselsky, durch BILD-Schlagzeilen wie "Der Bahnschlagzeilen wie "Der Bahnsinnige!" zum Buhmann der Nation aufgebaut, ist sicherlich nicht das, was wir uns unter einem klassenkämpferischen Gewerkschafter vorstellen. Demokratische

Einbindung der Bahnbelegschaft ist auch für die GDL ein Fremdwort, aber durch "Einmischung von Außen" konnten sich kämpferische Lokführer und Bordpersonal einige eigene Strukturen aufbauen. Auch die "Streikzeitung", die unter anderem von den "klassenkämpferischen Gewerkschaftern" und Labournet unterstützt wurde, wurde zu einem Organ, in dem auch die Basis zu Wort kam.

Gerade die Verteidigung der Berufsgewerkschaft GDL gegen die übermächtige DGB-Verkehrsgewerkschaft EVG zwingt einen nicht minder bürokratischen "Minigewerkschaftsapparat" dazu, seine Existenzberechtigung durch "kämpferische" Maßnahmen zu rechtfertigen. Dazu kommt die infame Geschichte der EVG-Vorläufergewerkschaft transnet, die tief im Sumpf der "Sozialpartnerschaft" steckte und 2007 eine aktive Kampagne gegen Streiks im öffentlichen Dienst führte. Ganz aus mit der Glaubwürdigkeit der transnet war es, als sie die Privatisierung der Deutschen Bahn (DB) unterstützte und ihr Ex-Vorsitzender Hansen - in den Vorstand der DB wechselte.

Die fromme Bescheidenheit der meisten DGB-Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen plus die Erfahrungen mit den transnet-Bonzen trieb nicht nur Lokführer, sondern auch Bordpersonal in die GDL.

Streiken lohnt sich

Der Druck einer extrem GDL-feindlichen Presse, die Unterstützung der DGB-Spitze für die Angriffe der kapitalistischen Koalitionsregierung auf das Streikrecht und die Spaltungspolitik des Bahnvorstandes konnten nicht verhindern, dass kurz vor Weihnachten 2014 die GDL-

Verhandler eine Einmalzahlung von 514 Euro für ihre Mitglieder, also auch für Zugbegleiter und Bedienstete in den Buffetwaggons, erreichen konnten. Nun geht es im Jänner um eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Klar, dass auch EVG-Mitglieder erkannt haben: Streiken lohnt sich! Die EVG-Bürokraten geben sich sozialpartnerschaftlich-staatstragend: Tarifverhandlungen dürften nicht "auf dem Rücken der Passagiere" ausgetragen werden. Äh ... vielleicht eine neue Taktik? Der Streik, den keiner merkt?

Bahnvorstand Ulrich Weber tut alles, um die Belegschaft weiter gegeneinander auszuspielen. Dazu stärkt er dem EVG-Vorstand den Rücken - es müsse Schluss sein mit zwei Verhandlungspartnern auf der "Arbeitnehmer"seite, tönt es aus den Chefetagen. GDL-Weselsky befürchtet nicht zu Unrecht, dass die DB auf Zeit spielt und auf das Gesetz zur "Tarifeinheit" hofft.

Diese arbeiterfeindliche Gesetzesvorlage zu Fall zu bringen, die Drohung von Streikverbot und Einschränkung der Tarifautonomie auch der kleineren Gewerkschaften zu verhindern, wird eine dringende Aufgabe der deutschen Lohnabhängigen sein. Notwendig dazu ist die breitestmögliche Einheitsfront der Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, eine Einheit, die wohl nur durch die entschiedene Kritik an den zahmen, sozialpartnerschaftlichen Führungen und den Bruch mit der Bourgeoisie und ihrem Staat möglich sein wird.



Politischer Streik in Belgien gegen

Am 15. Dezember 2014 fand in Belgien ein branchenübergreifender "General"streik - also das, was wir einen Aktionstag nennen - statt. Das besondere an der nach wie vor schwelenden Auseinandersetzung zwischen Regierung und Lohnabhängigen ist die politische Dimension der Bewegung in einem von Zerfallstendenzen geprägten Land.

niedriger und die Arbeitslosigkeit ist markant höher - bei Flamen liegt sie bei 6,3 %, bei Wallonen bei 15,3%.

Trotzdem wurde bei der Regierungsbildung ein frankophoner Politiker, der Vorsitzende der Wallonischen Liberalen, Charles Michel, zum Premier gemacht - de

Aushängeschild wurde, lässt sich wohl damit erklären, dass die von der Regierung geplanten Frontalangriffe auf soziale Errungenschaften und Lebensstandard die ohnehin benachteiligten frankophonen Lohnabhängigen und Arbeitslosen besonders schwer treffen würden. Offensichtlich hoffte die Bourgeoisie auf die beruhigende Wirkung des "nationalen" Faktors...

Aber das Regierungsprogramm führte in Belgien, einem Land ohne einheitliche Gewerkschaftsbewegung, zu einem Schulterschluss weit über die Sprachgrenzen hinaus: die geplante steuerliche Entlastung der Konzerne bei gleichzeitiger Anhebung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, die Abschaffung des "Index", also eine automatische Anpassung der Löhne an die Preise von Waren des täglichen Bedarfs und die leicht modifizierte (von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung beschlossene!) Streichung der Sozialhilfe führte zu einem lauten Aufschrei der Empörung. Im öffentlichen Dienst sollen durch Nulllohnstunden drei Milliarden Euro eingespart werden. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsverband FGTB, der christliche Gewerkschaftsverband CSC und sogar die Gewerkschaft der Liberalen (!) CGSLB bildeten eine Front Commun Syndical (Gemeinsame gewerkschaftliche Front) und starteten am 6. November ihre Proteste mit einer Demonstration in Brüssel, die 120.000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße brachte.

Die Gewerkschaftsbürokraten aller Schattierungen reagierten so feindselig auf die Regierungspläne, weil sie auf verschlungenen Wegen Nutznießer der bisherigen Sozialpolitik waren: Die Auszahlung



Erst im vergangenen Oktober war nach viereinhalbmonatigen Koalitionsverhandlungen eine neue Regierung angetreten, um mit harten Maßnahmen das hochverschuldete Land im Sinne der einheimischen Großunternehmer zu sanieren. Aus den Wahlen war die extrem reaktionäre N-VA (Neue Flämische Allianz) von Barr de Wever

gestärkt hervorgegangen - eine Partei, die sich immer vehementer für die Spaltung Belgiens ausspricht. Als Vertreterin der Bourgeoisie der "reichen" flandrischen Teile des Landes will sie die "Armen", also die französischsprachigen Wallonen, nicht länger "erhalten" müssen. Tatsächlich sind im wallonischen Teil die Löhne deutlich

Wever war selbst nicht in die Regierung eingetreten sondern wurde Bürgermeister von Antwerpen-Nord. Weiters in der Regierung sind die flämischen Liberalen (Open Vld) und die Christdemokraten (CD&V) vertreten.

Über den Charakter der bürgerlichen Regierung bestand von Haus aus kein Zweifel - dass ein Wallone das

n Deregulierung und Sozialabbau

des Arbeitslosengeldes obliegt den Gewerkschaften, die dafür vom Staat eine Abgeltung erhalten. Diese soll nun gestrichen werden. Das würde die Gewerkschaften nicht nur finanziell empfindlich treffen, es würde auch ihren Einfluss unter den Arbeitslosen, und hier vor allem der Jugend, einschränken.

Bemerkenswert ist auch die Begrenztheit der Forderungen der Gewerkschaftsbürokraten: Während sie "knallharten" Widerstand gegen die Pläne der Regierung Michel ankündigen, weigern sie sich, gleichzeitig die Rücknahme der unter dem Sozialdemokraten di Rupo beschlossenen Austeritätsmaßnahmen zu fordern. Offenbar will man sich die mögliche Verhandlungsbasis mit einer künftigen sozialdemokratischen Regierung nicht verderben. Das Ziel der Gewerkschaftsspitzen ist daher auch sehr mäßig: Man will die Regierung "zu Verhandlungen zwingen". Das ist immer das Codewort für einen bevorstehenden Verrat an den Arbeiterinteressen.

Schon bei der Großdemonstration in Brüssel im November zeigte sich, dass diesmal harte Auseinandersetzungen bevorstünden: Auf dem Weg nach Brüssel wurden Demonstrationszüge von Arbeitern von der Polizei mit Wasserwerfern, Reizgas und Gummiknüppeln angegriffen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter hingegen haben bei den teilweise hart geführten Streiks im Dezember enormen Einsatz bewiesen und sich erfolgreich gegen Streikbrecher und gewalttätige Angreifer verteidigt. So konnten die Streikposten die Stadt Gent fast lückenlos sperren. Sie hinderten mit handfesten Mitteln streikbrecherische LKW-Fahrer in die Stadt zu gelangen. In

Mons, Gerpennes und anderen Städten wurden Streikposten teilweise erheblich verletzt.

Trotz der zurückzerrenden Haltung der Gewerkschaftsbürokraten hat die Angst vor der Empörung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern durch den Schulterschluss aller Gewerkschaftsverbände einen Auftrieb in Sachen Einheit bewirkt.

Die Zentralisierung der Bewegung, die Überwindung der nationalistischen Spaltung muss ein wesentlicher Schritt sein, um nicht nur die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der bürgerlichen Koalition, sondern die gesamte Regierung zu Fall zu bringen. Auch stellen die Polizeiangriffe und die Attacken durch (organisierte) Streikbrecher die Frage der Arbeiterselbstverteidigung auf die Tagesordnung.

Diesen letztlich politischen Kampf werden die belgischen Lohnabhängigen nur gewinnen können, wenn aus diesen Kämpfen eine revolutionäre Arbeiterinnen- und Arbeiterpartei hervorgeht, die eine Antwort auf die Probleme der Lohnabhängigen geben kann, die über den Kapitalismus hinausweist - zur sozialistischen Revolution.

Die Frage des Klassencharakters des Staates spielt gerade in Zeiten, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter kaum Kampferfahrungen machen können, eine wichtige Rolle in der Schulungsarbeit der Marxistinnen und Marxisten. Während sich die herrschende Klasse und ihre Ideologen (inklusive reformistischer und zentristischer Theoretiker) bemühen, die Natur des Staates als die eines Unterdrückungsapparates zu verschleiern und das Bild eines "neutralen", über den Klassen schwebenden "Schiedsrichters" zu zeichnen, zeigen wir bei jeder Gelegenheit auf, dass der Staat ein Instrument der jeweils herrschenden Klasse zur Beherrschung der anderen, unterdrückten Klassen, ist.

Polizisten - "Arbeiter in Uniform"?

Ein besonders wichtiges Merkmal des bürgerlichen Staates sind seine bewaffneten Formationen und deren "materielle Anhängsel": Polizei, Geheimdienste, Militär, Gerichte, Gefängnisse...

Vor allem reformistische Politikerinnen und Politiker haben der Theorie vom "neutralen Staat" im Dienste "des ganzen Volkes" dadurch Vorschub zu leisten versucht, dass sie Polizistinnen und Polizisten zu "Arbeitern in Uniform" erklärt haben. Aber: Nicht jeder Lohnabhängige ist Teil der Arbeiterklasse, seine Stellung im Produktionsprozess und seine Funktion für das herrschende System spielen eine wesentliche Rolle. Oder würde jemand ernsthaft einen hochbezahlten Manager eines Großkonzerns, der mit einem Federstrich hunderte Arbeitsplätze vernichten kann, zum "Proletarier" erklären?

Indirekt macht sich einer der Führer der "internationalistischen sozialistischen Linken" (einer der beiden deutschen Gruppen der "IV. Internationale") zum Verfechter

weiter auf der nächsten Seite



Fortsetzung von der vorigen Seite

dieses antimarxistischen Standpunktes, wenn er in einem Artikel über den "Generalstreik" in Belgien in der "Sozialistischen Zeitung" vom Januar 2015 schreibt:

"In den meisten Regionen war die Kooperation von Streikenden und Polizei gut. In einzelnen Fällen fuhren Autofahrer in Straßensperren, es gab einige verletzte Streikposten. Die Polizei setzte den Streik am 16. Dezember mit einer eigenen Aktion zur Verteidigung ihrer Pensionsansprüche fort, mit einem 'grève de zèle', einem 'Streik des Fleißes' bzw. 'Übereifers': intensivste Straßenkontrollen, die bis zu 450 Kilometer lange Staus auf den Autobahnen verursachten."

Ins gleiche Horn stößt Stefan Gredler von der österreichischen SLP (Sektion des "Komitees für eine Arbeiterinternationale" CWI): "In Brüssel wurde eine kleinere Demonstration organisiert, hier kam es zu Polizeigewalt. Generell zeigte sich aber auch die Polizei solidarisch, sie organisierte am folgenden Tag einen kleineren Streik um sich ebenfalls gegen Kürzungen zu wehren". Beim CWI hat diese Position aber insofern eine lange Tradition, als die südafrikanische Sektion in Polizisten "Arbeiter in Uniform" sieht. 1994 unterstützte der internationale Führer des CWI, Taaffe, die südafrikanische Polizeigewerkschaft POPCRU, indem er erklärte: "Die gleichen schwarzen Polizisten, die Werkzeuge des Apartheid-Regimes waren, wurden durch die neue Situation [Beendigung des Apartheidregimes] radikalisiert. Wir können die Kräfte der Staatsgewalt neutralisieren und für uns gewinnen".

Wie wir im Hauptartikel zu Belgien zeigen, war die Polizei keineswegs "kooperativ". Der "Streik" der Polizeibeamten am 16. Dezember richtete sich natürlich gegen eine Verschlechterung der sozialen Bedingungen - und zwar jener Gruppe von Polizisten, die nach der Eingliederung der Gendarmerie, die bis in die 90er Jahre zum Kriegsressort gehörte, in das normale Polizeikorps nicht mehr wie früher schon ab 54 in Pension gehen können.

Mit Sicherheit wird sich für diese Berufsgruppe aber eine rasche Lösung finden - denn gerade jetzt wird sich die belgische Bourgeoisie verstärkt auf die Polizeikräfte stützen müssen.

Italien: Der „Vers

Als "Rottamatore", "Verschrotter", bezeichnet sich der derzeitige italienische Premierminister Matteo Renzi gerne. Der heute 40jährige Vorsitzende der "Demokratischen Partei" (Partito Democratico) wird in den heimischen Gazetten gern als "Mitte-Links-Politiker" bezeichnet - tatsächlich ist er die fleischgewordene Umsetzung des alten Traums der reformistischen italienischen KP vom "historischen Kompromiss". Denn die PD ist 2007 aus der Vereinigung der Überreste der alten KP, der "Partei der demokratischen Linken", und der christlich-demokratischen Partei (La Margherita) entstanden. Und den Ton gibt der aalglatte Renzi an, dem vermutlich nicht zu Unrecht ein Naheverhältnis zum verrufenen Silvio Berlusconi nachgesagt wird und der seine Wurzeln in der bigotten christlichen Volkspartei hat. Wenig überraschend war er auch der Hauptbetreiber des Anschlusses seiner Formation an die Sozialdemokratische Partei Europas. So, wie in der "Sozialistischen Internationale" Lemuren wie der gestürzte tunesische Diktator Ben Ali willkommen waren, hat man auf europäischer Ebene keine Hemmungen, populistische Parteien mit unbestreitbar reaktionären Programmen in die Arme zu schließen.



„Schrotter“ auf den Abfallhaufen!

Renzi hatte im Februar des Vorjahres seinen Vorgänger Letta aus dem Amt gedrängt und in publikumswirksamen Auftritten angekündigt, er werde das eingesessene politische Establishment verschrotten. Das hinderte ihn nicht, nach seiner Ernennung zum Premierminister mit Unterstützung der Berlusconi-Bewegung eine Wahlrechtsreform durch zu peitschen, die politischen Parteien, die 37 % der Stimmen erreichen, 18 weitere Prozent als Bonus zusprechen - ähnlich dem griechischen Wahlsystem also.

Anfangs versuchte Renzi, als Volkstribun aufzutreten, der die Interessen der sozial Schwachen vertritt. 500 Millionen Euro sollen kinderreichen Familien zufließen, Beschäftigte, die weniger als 1.500 Euro Netto im Monat verdienen, erhalten vom Staat monatlich 80 Euro Zuschuss. 10 Milliarden Euro wird das „den Staat“ kosten. Die Frage ist nur: Woher kommt das Geld, das die Regierung Renzi so großzügig verteilt? Antwort: Von den Lohnabhängigen selbst, den prekär Beschäftigten, den Scheinselbstständigen und den wirklichen Kleinstunternehmen. Der Kündigungsschutz,

eine der wichtigsten Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg, wird weitgehend ausgehebelt. Abfertigungen werden gekürzt, Kettenverträge für befristete Arbeitsverhältnisse zugelassen, die Kurzarbeiter aus der sozialen Versorgung herausgenommen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden gekürzt. Renzi, der sich massiver verbaler Unterstützung durch die Geschäftsführerin des deutschen Kapitals Angela Merkel erfreut, orientiert sich deutlich an den Hartz-IV-Maßnahmen.

Gleichzeitig werden „Ich-AGs“ und Kleinstgewerbetreibende zur Ader gelassen: Diese sogenannten „autonomen Arbeiter“ (Selbständige ohne angestelltes Personal) werden bis 2019 eine Steigerung der Rentenversicherungsabgaben von 27 auf 33 % erleben, sofern diese Regierung im Amt bleiben kann. Denn eine weitere Methode zur Geldbeschaffung - das Anzapfen der Budgets der Regionen - hat vor allem im armen Süden verheerende Auswirkungen. Zudem könnte diese Politik den Kollaps der öffentlichen Gesundheitsversor-

gung einläuten.

Seit dem Sommer gehen immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter, Beamte, Jugendliche auf die Straßen - „Non ci stiamo“, „Wir machen nicht mit!“, ist die vereinheitlichte Parole.

Am 25. Oktober 2014 marschierte eine Million Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Rom gegen die Sozialdemontage des Matteo Renzi.

Am 8. November demonstrierten 100.000 Beamte gegen die Regierung. Mittlerweile gibt es neben den zentralen Kundgebungen und Protesten immer neue Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen.

Das Argument, im „armen Italien“ müssten eben alle Opfer bringen, greift genauso wenig wie seinerzeit das Gerede von den „faulen Griechen“. Im vergangenen Februar veröffentlichte die Italienische Nationalbank eine Studie über Armut und Reichtum im Land. Das „Neue Deutschland“ vom 17. 2. 2014 resümiert:

„Doch während die Anzahl der Familien zunimmt, die ihren Lebensstandard drastisch reduzieren müssen, steigt die Konzentration des Reichtums

immer mehr an: Heute besitzen zehn Prozent der Italiener 46,5 Prozent des Nettoeinkommens des gesamten Mittelmeerlandes. Man kann also sagen, dass mit der Krise die Armen ärmer und die Reichen reicher geworden sind“. Seit 2008 sind die Vermögensbestände der Banken und Versicherungen immerhin um mehr als 1.2 Mrd. Euro angewachsen.

Die italienische Wirtschaft ließe sich also auch ohne den tiefen Griff in die Tasche der Armen und Lohnabhängigen und ohne die Zerschlagung erkämpfter Rechte sanieren - allerdings nur durch einen Bruch mit dem kapitalistischen System. Und dazu sind die reformistischen Führungen von Parteien und Gewerkschaften nicht bereit. Sie versuchen, den Druck der Massen zu kanalisieren. Aber die italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter zeigen deutlich, dass ihnen der Geduldsfaden reisst. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei steht also auch in Italien ganz oben auf der politischen Dringlichkeitsskala.



PEGIDA: Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Protagonisten des Rechtsextremismus können sowohl in einer Partei wie der FPÖ, einer Burschenschaft wie der Olympia als auch bei Wehrsportübungen beim Paintballschießen oder bei einer szenetypischen Abwandlung des Hitlergrußes, die sich als „Bestellen von drei Bier“ herausstellt in Erscheinung treten. Das Berufen auf die „christlichen Werte des Abendlands“ ist – wie beim von der FPÖ zum BZÖ abgewanderten und dort geschassten Ewald Stadler gesehen – ein beliebtes Stilmittel. Selbst FPÖ Chef Strache hat bei seinen Wahlkampfauftritten schon mit einem Kreuz herum gefuchelt.

Rechtsextreme betonen immer wieder gern, dass sie ja überhaupt nichts gegen Ausländer an sich haben und es ihnen – wie etwa bei den Identitären – nur um die Bewahrung der eigenen Kultur gehe. Je nach dem Empfängerkreis der Botschaft geben sich Rechtsextreme bei öffentlichen Auftritten als Wölfe in Schafspelzen, für die die „tüchtigen und fleißigen“ Ausländer sehr willkommen seien und nur noch einen Deutschkurs bräuchten. Wenn sie unter sich sind, Finden sie „deutliche“ Begriffen wie „Überfremdung“ und Vergleiche von Ausländern mit Ungeziefer,

Selbst alte Haudegen der Szene neigen jedoch gelegentlich zu mangelnder Vorsicht bei der Wortwahl und überschreiten die Grenzen der Etikette der von der herr-

Partei, Bewegung, Allianz, Burschenschaft, Wehrsportgruppe, Identitäre – die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind mannigfaltig und durchaus kreativ. Die Haider-FPÖ etwa hatte eine Phase, in der die Bezeichnung Partei als altbacken abgetan wurde, die FPÖ als „Bewegung“ auftrat und sich „Die Freiheitlichen“ nannte. Wieder zur FPÖ geworden erfolgte die Regierungsteilnahme und die Entzauberung als „Partei des kleinen Mannes“. Als Jörg Haider 2005 die Felle der FPÖ davon schwimmen sah und die Partei aus dem Nationalrat zu verschwinden drohte, erfolgte ein radikaler optischer Wandel mit der Gründung des BZÖ: Bewegung statt Partei, orange statt blau. Die Rest-FPÖ suchte sich daraufhin mit H. C. Strache einen neuen Führer. Der Rest ist Geschichte.

schenden Kapitalistenklasse vorgegebenen Diskussionskultur. Das passierte vor einigen Monaten dem Spitzenkandidat der FPÖ zur EU Wahl Mölzer, als er die EU als „Negerkonglomerat“ bezeichnete. Der Rücktritt von der FPÖ Liste wurde unvermeidlich. Schließlich soll zumindest derzeit das Mäntelchen der bürgerlichen Demokratie unbefleckt blei-

ben und die rechten Recken lediglich als Reservearmee im Kampf gegen die Arbeiterbewegung gehalten werden.

Womit der Bogen zur PEGIDA geschlagen wäre. Ein folgenschweres Hoppala passierte da Mitbegründer Lutz Bachmann. Der mit mehreren Vorstrafen für eine „Law and Order“ Bewegung eher unkonventionelle Mann

manövierte sich mit im Internet ausgelebten Hitlerphantasien und offen Asylwerber feindlichen Einträgen in einem sozialen Netzwerk ins Abseits und musste zurücktreten. Zur Schadensbegrenzung für PEGIDA erfolgte kräftiges Zurückrudern mit Entschuldigungen und Beteuerungen durch Bachmann. Enge Verbindungen der PEGIDA gibt es offensichtlich zur Allianz für Deutschland (AfD), deren Vorsitzende Petry den Rücktritt Bachmanns in einer Pressemitteilung veröffentlichte, noch bevor dies die PEGIDA getan hatte. Später räumte Petry ein, dass sie der PEGIDA den Rücktritt Bachmanns empfohlen hatte. Mehrere Treffen Petrys mit Vertretern der PEGIDA sind bekannt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die AfD so etwas wie der politische Arm der PEGIDA im bürgerlichen Parlament ist.

Der fruchtbarste Boden für PEGIDA ist und bleibt Dresden. Selbst im benachbarten Leipzig musste das Ziel von 40.000 auf 20.000 TeilnehmerInnen für die bis dahin in Leipzig größte PEGIDA Demo revidiert werden. Nach Polizeiangaben wurden es schließlich 15.000. Journalisten fotografierten den Kundgebungsplatz von umliegenden Häusern aus, legten Raster über die Fotos und zählten die TeilnehmerInnen in jedem Quadrat – und kamen dabei auf weniger als 5.000. Ein Schelm, der an der Objektivität der Polizeiangaben zu zweifeln wagt.

Die Zahl der Gegendemons-



trantInnen war dabei sichtbar größer. Noch wesentlich deutlicher fiel die Bilanz in anderen deutschen Großstädten aus, wo PEGIDA Demos mangels TeilnehmerInnen abgesagt werden mussten.

Warum gerade Dresden? Die Ursachen können in der Geschichte der Stadt zu finden sein. Dresden gehörte zu den Städten mit dem höchsten Anteil an NSDAP Mitgliedern. Die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 durch angloamerikanische Bomber ist bis heute wichtiger Teil der Propaganda der deutschen rechtsextremen Szene im Bereich anti-amerikanischer Revanchismus.

Der lt. Umfrage typische PEGIDA Demonstrant ist 48, männlich, Arbeiter oder Angestellter und stammt aus Dresden – ist also im Hinblick auf die 1945 erfolgte Zerstörung seiner Stadt in seiner Jugend mit der anti-

amerikanischen Propaganda der DDR konfrontiert gewesen, konnte kein Westfernsehen empfangen, hat nach der Wende die Zerstörung seines Arbeitsplatzes erlebt und nach mühsamen Umschulungen endlich wieder einen Job gefunden. AusländerInnen gab es zu DDR Zeiten gerade einmal in Form von VietnamInnen, die trotz bemühter SED Schulungen auf Skepsis bis Ablehnung in der Bevölkerung stießen. Auch 2015 lassen sich die bundesweit vergleichsweise wenigen AusländerInnen in Dresden nur mit viel Schwarzmalerei und einer gehörigen Portion Vorurteilen als reale Bedrohung ausnehmen. In Dresden ist diesbezüglich das selbe Phänomen zu beobachten wie in Wiener ArbeiterIn-

nenbezirken: Die meisten Stimmen erhält die rechtsextreme FPÖ in jenen Sprengeln, in denen es den geringsten AusländerInnenanteil gibt. Die Angst vor dem Fremden, Unbekannten zu Schüren ist also nach wie vor ein Weg zum Erfolg für die Rechtsextremen.

Ob Wien, Dresden oder an-

derswo, ob 1934, 2015 oder zu einer anderen Zeit:

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus in jeglicher Erscheinungsform – von Bewegung über Partei bis hin zum offenen Faschismus – gilt: Erkennen, entlarven und entschieden entgegen treten!



ENTGLEISUNG DES "FÜNFERS"

Dem Schauspieler und Kabarettisten Gerald Piechowetz ging es Mitte Dezember 2014 wie vielen anderen Wienern auch: Bei ihm wurde eingebrochen. Als Tatmotiv machte der als "5er" aus der TV Serie Kaisermühlen Blues bekannte Künstler im Internet den als "zu 100 % ausländischen Hintergrund" der Täter ausfindig. Das ist nicht weiter ungewöhnlich, da in zahlreichen Alltagsgesprächen in der Bundeshauptstadt zu hören. Schuld sollen also die Gene der Täter und nicht deren soziale Stellung sowie die tiefgreifende systemimmanente weltweite Krise des Kapitalismus sein.

Dennoch hätte von Piechowetz angenommen werden dürfen, dass er seinen Alltagsrassismus nicht in sozialen Netzwerken im Internet kund tut. In Künstlerkreisen stoßen Erklärungsversuche für

Straftaten nach dem Abstammungsprinzip durchwegs auf Ablehnung - noch dazu wenn betreffender Kriminaltheoretiker aus dem Dunstkreis der SPÖ kommt.

Die Parteilinie zur "Ausländerfrage" dürfte Piechowetz auch auf der Geburtstagsfeier von SPÖ Urgestein Harry Kopietz nicht ausreichend vermittelt worden sein. Von dort kam der Schauspieler nämlich nach Hause, wo er die Einbrecher ertappte. Wenige Monate zuvor nahm Piechowetz beim Sommerfest der SPÖ ein Gesichtsbild. Auch dort dürften ihm die Grundsätze der Partei nicht näher gebracht worden sein. Dass Theorie und gelebte politische Praxis entscheidend voneinander abweichen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der SPÖ. Das betrifft SympathisantInnen wie Piechowetz sowie einfache Parteimitglieder und FunktionärInnen gleichermaßen.

Im Bereich Antifaschismus sei die wohlwollende Aufnahme von ehemaligen NSDAP Mitgliedern in die SPÖ nach Ende des Zweiten Weltkriegs exemplarisch genannt.

Jedenfalls darf angenommen werden, dass bei den erwähnten Festlichkeiten auch der ehemalige SJ Vorsitzende und Faymann Pressesprecher Thomas Landgraf - nunmehr Chefredakteur des VOR Magazins - zugegen war. Dieser ließ Piechowetz nach dessen Ergüssen zur "Ausländerfrage" via soziale Netzwerk ausrichten, dass sein Gratisblatt ab sofort nicht mehr über seine künstlerischen

Aktivitäten berichten werde. Piechowetz' Konter: "Ich kenne keinen Thomas Landgraf und kein VOR Magazin." Der Leser möge zum Gedächtnis von Gerald Piechowetz selbst urteilen: Schlechtes Weihnachtsmärchen oder verfrühter Faschingsscherz?

Glücksspiel- und Nichtraucherschutzgesetz: **ALLES LÄNDERSACHE ODER WAS?**

Mit Jahresbeginn 2015 wurde die kommerzielle Nutzung von Glücksspielautomaten in Wien – und wohlgernekt nur in Wien – verboten. Das wurde möglich, da der Betrieb derartiger Automaten Länderkompetenz ist. Die Initiative dazu erfolgte nicht etwa von der Führungselite der Wiener SPÖ sondern von einer einzelnen Sektion. Die Parteiführung sah bald ein, dass der „Basis“ das Verbot der Glücksspielautomaten nicht auszureden sein wird und stimmte dem entsprechenden Gesetzesentwurf und damit dem Verzicht auf Steuereinnahmen für Wien in Millionenhöhe zu.



Die wahren Profiteure: Blick in die Novomatic-Konzernzentrale

Zu einem Exportschlager der SPÖ Wien scheint sich die gesetzlich angeordnete Demontage der einarmigen Banditen nicht zu entwickeln. Die Landeshauptmänner Niessl (Burgenland) und Voves (Steiermark) beschäftigen sich gegenwärtig mehr damit, Koalitionsvarianten mit der FPÖ salonfähig zu machen und ihr Kärntner Parteifreund und Amtskollege Kaiser dürfte an den von

Jörg Haider hinterlassenen Baustellen alle Hände voll zu tun haben. In der Bundeshauptstadt jedenfalls gibt es seit 1.1.2015 trotz aller Mätzchen der Betreiber („Dieses Lokal ist VORÜBERGEHEND geschlossen!“) keine Glücksspielautomaten mehr, außer in Hallen. Wenn diese Maßnahme dazu beiträgt, auch nur einen Menschen vor der Spielsucht zu bewahren, so war sie den Aufwand wert.

Doch ein lediglich in Wien geltendes Verbot kann das Problem nicht lösen. Die Konzerne aus der menschenverachtenden Glücksspielbranche bieten kostenlose Busse zu ihren Hallen in Niederösterreich an und bei der Stammklientel hat bereits ein entsprechender Tourismus ins Wiener Umland eingesetzt. Weiterhin gibt es in Wien Wettbüros, Casinos und zahlreiche Lotto- und Toto-

annahmestellen. Eine noch größere Gefahr seine Existenz zu verlieren lauert im Internet, wo per Mausklick sehr rasch hohe Beträge verspielt werden können und sich die SpielerInnen oft der Höhe der Spieleinsätze gar nicht bewusst sind. Das Glücksspiel ist ein Riesengeschäft, das sich die Kapitalisten auch auf Kosten menschlicher Existenzen nicht entgehen lassen wollen. Lokal begrenzte Verbote sind also nur bedingt hilfreich im Kampf gegen die Spielsucht. Die dem Kapitalismus systemeigene Profitgier verhindert wirksamere Gesetze gegen das Glücksspiel.

Noch skurriler wirken die Länderkompetenzen auf nationaler Ebene bei Jugendschutzgesetzen. Das zeigt sich etwa bei der aktuellen Debatte zum Nichtraucherschutzgesetz. Derzeit gilt noch in allen neun Bundesländern Raucherlaubnis ab 16. Einige Bundesländer überlegen die Anhebung dieser Altersgrenze auf 18 Jahre. Eine 2013 durchgeführte Studie der OECD zeigt allerdings, dass 25 % aller 15-Jährigen zumindest einmal pro Woche rauchen, die Überprüfung

des Jugendschutzgesetzes im Bereich Rauchen ist also bereits jetzt äußerst mangelhaft.

Weltweit geht unter dem Vorwand des Nichtraucherschutzes der Trend zur Verschärfung von Rauchergesetzen. Offenbar haben die Berechnungen des Großkapitals ergeben, dass Rauchpausen am Arbeitsplatz sowie die Kosten für die Behandlung der durch das Rauchen verursachten Erkrankungen die Höhe der Profite und Steuereinnahmen durch die Zigarettenverkäufe übersteigen. Dennoch hat sich noch kein einziger Staat in Europa zu einem Verbot der Tabakproduktion sowie des Zigarettenverkaufs durchringen können – geschweige denn von einer einheitlichen Vorgangsweise der sich gern als fortschrittlich gebenden EU.

Die Kapitalisten wollen beides: Steuereinnahmen für ihre Staaten und Profite für die Tabakindustrie sowie keine Arbeitspausen durch das Rauchen und möglichst geringe Kosten für die Behandlung von durch das Rauchen verursachten Gesundheitsschäden.

In Österreich ist die Debatte um den Nichtraucherschutz durch den Lungenkrebstod des Journalisten Kurt Kuch wieder in Fahrt gekommen. Die Befürworter eines totalen Rauchverbots sind sogar schon in der ÖVP Spitze zu finden. Angeblich soll es sich an etwaigen Entschädigungsforderungen von GastwirtInnen für 2009 (Inkrafttreten des aktuellen Nichtraucherschutzgesetzes) erfolgte bauliche Maßnahmen speißen. Dazu stellen sich zwei Fragen: 1. Welchen buchhalterischen Wert können 2009 getätigte Investitionen in Gaststättenumbauten 2015 noch haben, dass sie das österreichische Staatsbudget sprengen könnten? und 2. Warum ist der österreichischen Bundesregierung die

Volksgesundheit derart wenig wert, dass die Überlegungen um die Investablösen für die Gastwirte bereits einige Jahre dauern?

Die brisanten Themen Glücksspiel und Rauchen zeigen einmal mehr, dass der Kapitalismus und seine politischen Handlanger nicht imstande sind, wichtige gesellschaftliche Probleme zu lösen. Nein, die Teilnahme an Glücksspielen ist keine persönliche Freiheit! Sie gaukelt die Illusion eines Lebens ohne Ausbeutung und finanzielle Sorgen vor. Oftmals führt sie zu Spielsucht und Zerstörung der eigenen Existenz. Daher ist die Abschaffung des gewerblichen Glücksspiels in jeglicher Form die alternative Lösung des Problems.

Das Abbrennen von Tabakprodukten hat schwere negative Folgen für die Menschen und deren Umwelt. Es kann nicht sein, dass Tabakrauch, welcher von Formaldehyd über Kohlenmonoxid bis hin zu Blei mehrere hundert Schadstoffe enthält, bei der umweltpolitischen Betrachtung unberücksichtigt bleibt und als fester Bestandteil der „persönlichen Freiheit“ und eines angeblichen „Genusses“ ohne jeglichen Nutzen in die Luft geblasen werden darf.

Tabaksucht ist eine schwere Erkrankung und gehört als solche medizinisch behandelt. Die Schaffung von Raucherentwöhnungsstätten in Verbindung mit einem weltweiten Produktions- und Handelsverbot von Tabakprodukten muss ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen werden. Dessen Realisierung kann nur in einer von Profitorientierung losgelösten sozialistischen Gesellschaft erfolgen, deren Errichtung angesichts der täglich durch den Kapitalismus verursachten Schäden immer dringlicher wird.



Die nächsten Themen des Marxistischen Studienzirkels

Auf Initiative der Gruppe Klassenkampf trifft sich der **Marxistische Studienzirkel**, in dem wir grundlegende theoretische Fragen - meist an Hand aktueller Themen - behandeln und diskutieren.

Ziel des MSZ ist es aber nicht, „fertige Antworten“ zu servieren, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind vielmehr dazu aufgerufen, sich selbst durch Impulsreferate, Diskussionsbeiträge etc. schon in der Vorbereitung einzubringen. Gegebenenfalls besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit Genossen der GKK Beiträge zum MSZ vorzubereiten.

Zuletzt haben wir an zwei Abenden das Thema „*Islandmismus und Imperialismus*“ behandelt.

Im Frühjahr wollen wir unter anderem folgende Themen diskutieren:

- **Das TTIP-Abkommen - was es ist und warum wir dagegen kämpfen**
- **Imperialismustheorie(n)**
- **Steuerreform - wie stehen wir zu den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien, der SPÖ und der Gewerkschaften?**

Nähere Informationen (Zeit, Ort, Vorbereitungsmaterialien) bei der GKK:

gruppe.klassenkampf@gmail.com



Die programmatische Grundlagen der Gruppe Klassenkampf sind eine knappe Einführung in den Marxismus. Die Broschüre kann bei den Genossen der GKK zum Preis von 2,- EUR bezogen werden.

Diskussion um "Islamgesetz"

Für die völlige Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften!

Am 10. Dezember 2014 hat der Ministerrat ein neues "Islamgesetz" beschlossen, "nun folgt die parlamentarische Behandlung und Beschlussfassung", heißt es in einer Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag.

Hehrer Zweck des Gesetzes: "Ziel ist es, dass es kein Widerspruch sein soll, sich zugleich als gläubige Muslimin bzw. gläubiger Muslim und stolze Österreicherin bzw. stolzer Österreicher zu fühlen". Angehörige anderer Religionsgemeinschaften scheinen hier weniger Probleme zu haben - Christen aller Schattierungen inklusive der Zeugen Jehovas haben offenbar den Österreichpatriotismus im Blut.

Sagen wir es doch einfach, wie es ist: Angesichts des vom Imperialismus proklamierten "Kriegs gegen den

„ Sagen wir es doch einfach, wie es ist: Angesichts des vom Imperialismus proklamierten "Kriegs gegen den Terror" ist für die österreichische Bourgeoisie der ideale Zeitpunkt gekommen, um Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in eine Gesetzesform zu gießen, um die Spaltung der arbeitenden Bevölkerung entlang konfessioneller und "kultureller" Linien zu vertiefen und der reaktionären Islamophobie bedeutende Zugeständnisse zu machen.

vertiefen und der reaktionären Islamophobie bedeutende Zugeständnisse zu machen.

Uneingelöste bürgerliche Forderungen

Wir Marxistinnen und Marxisten in der Tradition Leo Trotzki's haben immer wieder betont: In ihrer Geschichte ist die bürgerliche Klasse (die Kapitalisten, die Bourgeoisie) sogar in ihren revolutionärsten und fortschrittlichsten Phasen sofort konterrevolutionär geworden und hat ihre eigenen Forderungen aufgegeben, wenn diese zu einer Stärkung der unterdrückten Klassen geführt hätte. Die französische Revolution proklamierte im Geiste der bürgerlichen Aufklärung "Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit" - und nahm von diesen Programmpunkten sofort die arbeitenden Klassen aus. Alle wirklich revolutionären Aufgaben der bürgerlichen Revolutionen, die von der Bourgeoisie nicht gelöst wurden, müssen heute im Rahmen neuer, sozialistischer Revolutionen, "mitgelöst" werden.

Eine wesentliche Forderung aus dem Arsenal der Aufklärung, die von der revolutionären Arbeiterbewegung aufgegriffen wurde, ist die vollständige Trennung von



Christliches Abendland: Hexenverbrennung im Mittelalter weniger barbarisch als Daesh-Terror?

Kirche(n) und Staat. Präziser und moderner ausgedrückt: von religiösen Gemeinschaften, Kulturen, esoterischen Sekten und anderen Formen des Obskurantismus vom Staat.

“Opium des Volkes”

Als Marxistinnen und Marxisten sind wir Atheisten; mit Marx begreifen wir Religion als Ausdruck einer unzureichenden Einsicht der Menschen in die sie umgebenden sozialen Umstände. “Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind”. (Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).

Und Marx fährt fort: “Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation [Auflehnung] gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.”

In starken Worten zeichnet Marx hier das Bild von Menschen, denen “ihr Selbstgefühl”, also ihr Selbstbewusstsein, die Ein-



Wozu noch PEGIDA Österreich? Kreuzritter Strache ist schon da

sicht in ihre materielle und soziale Lage, aus verschiedenen Gründen abgeht. Religion, das ist für sie “der Seufzer der bedrängten Kreatur” - Opium, im Sinne des zu Marxens Zeiten verbreitetsten schmerzlindernden Medikaments, das jedoch gleichzeitig süchtig macht und den Menschen zerstört.

“Religion ist Privatsache”

Verschiedene vormarxistische Sozialisten, dann aber vor allem die marxistische Bewegung, haben die Kritik an der Religion als wesentlichen Teil ihrer Aufklärungsarbeit in den Arbeitermassen gesehen. Jede Form religiösen Glaubens verschleiert die Wirklichkeit, hindert den Menschen daran, “einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf”. Größte Klarsicht ist die Voraussetzung im Kampf für eine neue Gesellschaft, die kein “Jammertal” mehr ist, und in der der Mensch das höchste Wesen des Menschen ist.

Religion ist historisch in frühen, “vorwissenschaftlichen”

Stadien der menschlichen Urgesellschaft “spontan” entstanden, um Erklärungen für nicht zu verstehende Naturphänomene zu geben. Erst mit dem Entstehen von sozialen Klassen (durch die Möglichkeit, dass sich eine Minderheit der Gesellschaft den gemeinsam erwirtschafteten Reichtum aneignen konnte) konnten auch privilegierte Priesterkassen entstehen, die selbst von der Klassenteilung profitierten und halfen, sie religiös abzusichern.

Während die Kommunisten einerseits das demokratische Recht aller Menschen verteidigen, ihren religiösen Überzeugungen frei anzuhängen (sofern diese nicht in Konflikt mit den Freiheitsrechten anderer Menschen stehen), lehnen sie andererseits jede Einmischung und Verquickung von Religion und bürgerlichem Staat ab. Der russische Revolutionär Lenin hat das 1905 folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

“Erklärung der Religion zur Privatsache - mit diesen Worten wird gewöhnlich die Stellung der Sozialisten zur

Religion ausgedrückt. Doch die Bedeutung dieser Worte muß man genau definieren, damit sie keine Mißverständnisse hervorrufen können. Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten. Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muß es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d.h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfession der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muß unbedingt ausgemerzt werden. Es darf keine Zuwendungen an eine Staatskirche, keine Zuwendungen von Staatsmitteln an kirchliche und religiöse Gemeinschaften geben, die völlig freie, von der Staatsmacht unabhängige Vereinigungen gleichgesinn-

ter Bürger werden müssen. Nur die restlose Erfüllung dieser Forderungen kann Schluß machen mit jener schmachvollen und verfluchten Vergangenheit....

Vollständige Trennung der Kirche vom Staat - das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt."

Lenin führte 1909 in seinem Artikel „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei“ den Punkt, dass Religion der Partei gegenüber keine Privatsa-

Wir müssen die Religion bekämpfen. Das ist das A B C des gesamten Materialismus und folglich auch des Marxismus. Aber der Marxismus ist kein Materialismus, der beim A B C stehengeblieben ist. Der Marxismus geht weiter. Er sagt: Man muss verstehen, die Religion zu bekämpfen, dazu aber ist es notwendig, den Ursprung, den Glauben und Religion unter den Massen haben, materialistisch zu erklären. Den Kampf gegen die Religion darf man nicht auf abstrakt-ideologische Propa-

oder der bürgerliche Materialist. Also, nieder mit der Religion, es lebe der Atheismus, die Verbreitung atheistischer Anschauungen ist unsere Hauptaufgabe. Der Marxist sagt: Das ist falsch. Eine solche Auffassung ist oberflächliche, bürgerlich beschränkte Kulturbringerei. Eine solche Auffassung erklärt die Wurzeln der Religion nicht gründlich genug, nicht materialistisch, sondern idealistisch. In den modernen kapitalistischen Staaten sind diese Wurzeln hauptsächlich

ben an Gott noch bewahrt haben, gestatten, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, sondern müssen sie zielstrebig für sie gewinnen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Überzeugungen, doch wir suchen sie zu gewinnen, um sie im Geiste unseres Programms zu erziehen, nicht aber, damit sie dieses Programm bekämpfen. Wir lassen innerhalb der Partei Meinungsfreiheit gelten, jedoch in gewissen, durch die Freiheit der Gruppierung bestimmten Grenzen: Wir sind nicht verpflichtet, mit solchen Leuten zusammenzugehen, die von der Mehrheit der Partei abgelehnte Anschauungen aktiv propagieren.“

Opportunismus in der Religionsfrage

Wir glauben, dass diese „klassischen“ Positionen ausreichen, um unsere Ablehnung des infamen Islamgesetzes zu begründen. Wir lehnen aber zugleich den in der „Linken“ grassierenden Opportunismus in der Religionsfrage ab, der plötzlich beginnt, der Islamophobie der Reaktion einen „Philo-Islamismus“ (eine „Islamfreundlichkeit“) entgegenzusetzen.

Am weitesten geht hier die Revolutionäre Kommunistische Organisation für Befreiung (RKOB) und ihre Jugendorganisation Red*Revolution.

In einem Flugblatt besagter Organisation vom November 2014, der so wie alle alten Texte aus der Feder von Parteiführer Michael Pröbsting per Mail ausgeschickt wurde, heißt es unter anderem:

„Offiziell gibt es in diesem Land Religionsfreiheit. In der Praxis stimmt das aber für uns Muslime nicht! Wenn eine Muslima für BILLA an der Kassa arbeitet, darf sie kein Kopftuch tragen. In der Arbeit beim McDonalds dürfen wir auch kein Kopftuch tragen. Die österreichischen Schulen machen es schwer, das from-



Trennung von Kirche und Staat heißt auch: Kreuze 'raus aus den Schulen!

che ist, sehr ausführlich aus: „Marxismus ist Materialismus. Als solcher steht er der Religion ebenso schonungslos feindlich gegenüber wie der Materialismus der Enzyklopädisten [13] des 18. Jahrhunderts oder der Materialismus Feuerbachs. Das steht außer Zweifel. Aber der dialektische Materialismus von Marx und Engels geht weiter als jener der Enzyklopädisten und Feuerbachs, denn er wendet die materialistische Philosophie auf das Gebiet der Geschichte, auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften an.

ganda beschränken, darf ihn nicht auf eine solche Propaganda reduzieren, sondern er muss in Zusammenhang gebracht werden mit der konkreten Praxis der Klassenbewegung, die auf die Beseitigung der sozialen Wurzeln der Religion abzielt. Warum findet die Religion in den rückständigen Schichten des städtischen Proletariats, in breiten Schichten des Halbproletariats und auch in der Hauptmasse der Bauernschaft noch Boden? Wegen der Unwissenheit des Volkes, antwortet der bürgerliche Fortschrittler, der Radikale

sozialer Natur. Die, soziale Unterdrückung der werktätigen Massen, ihre scheinbar völlige Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, der den einfachen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr entsetzlichste Leiden und unmenschlichste Qualen bereitet als irgendwelche außergewöhnlichen Ereignisse wie Kriege, Erdbeben usw. – darin liegt heute die tiefste Wurzel der Religion. 'Die Furcht hat die Götter erzeugt' (...) Wir müssen es nicht nur allen Arbeitern, die den Glau-

me Muslimas und Muslime ohne Schwierigkeiten den Glauben vollständig leben" (folgen einige mehr oder minder geglättete Beispiele).

Wir erfahren hier also in erster Linie, dass sich Red*Revolution als islamische Organisation definiert. Das ist für eine Organisation, die sich gleichzeitig "revolutionär kommunistisch" nennt, höchst eigenartig.

Noch eigenartiger wird es bei den Forderungen: " *Förderung von Kulturvereinen der Muslime, für das Recht das Kopftuch/die Burka über-

all zu tragen, aber auch gegen den Zwang dazu!"

Dass sich hinter der Bezeichnung "Kulturvereine der Muslime" traditionell reaktionärste islamische Bestrebungen verbergen, ist ein offenes Geheimnis. Dass die Berührungssängste gering sind, beweisen andererseits die mitreißenden Auftritte des Genossen Michael Abu Pröpsting vor Mursi-Porträts mit Stil und Gestik sowjetischer Stummfilme.

Das Festklammern an der falschen Orientierung der Kommunistischen Internatio-

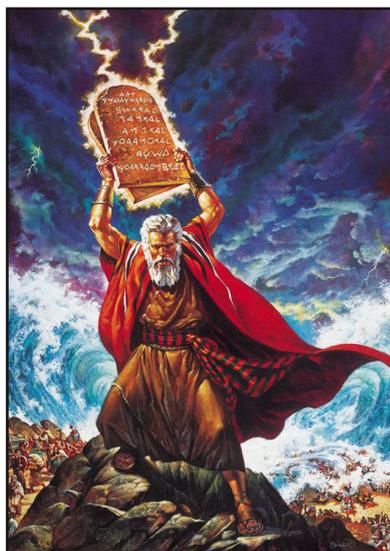
nale auf eine "antiimperialistische Einheitsfront" mit "revolutionären" nationalistischen Bewegungen vor allem in islamischen Ländern nach 1921 durch die RKOB führt zur Parodie dieser Linie in Form einer opportunistischen Anpassung an islamische Bewegungen hier in Österreich.

Generell finden wir bei einigen sich betont "anti-imperialistisch" gebärdenden Organisationen ähnliche Positionen. Sie machen sich damit nicht zu Verteidigern des demokratischen Rechts, das

Ausdruck der Identität besonders ausgebeuteter (migrantischer) Schichten des Proletariats ist. Ein derartiges Zurückweichen vor dem religiösen Obskurantismus lehnen wir ab.

Die „heiligen Bücher“ - Strategielehrbücher zur Ausrottung der Feinde „Gottes“

Daesh (ISIS) setzt barbarische Bildbotschaften ein, um ihre Gegner zu demoralisieren. Die militärische Strategie der massenhaften Massaker an Männern und der Verschleppung von Frauen und Kindern ist aber keine "islamistische" Erfindung, sie wird schon im Alten Testament, dem heiligen Buch aller montheistischen Religionen, von Gott empfohlen.



5. Mose 21

Die Heirat einer Kriegsgefangenen

10 Wenn du zum Kampf gegen deine Feinde ausziehst und der Herr, dein Gott, sie alle in deine Gewalt gibt, wenn du dabei Gefangene machst

11 und unter den Gefangenen eine Frau von schöner Gestalt erblickst, wenn sie dein Herz gewinnt und du sie heiraten möchtest,

12 dann sollst du sie in dein Haus bringen und sie soll sich den Kopf scheren, ihre Nägel kürzen?

13 und die Gefangenenkleidung ablegen. Sie soll in deinem Haus wohnen und einen Monat lang ihren Vater und ihre Mutter beweinen. Danach darfst du mit ihr Verkehr haben, du darfst ihr Mann werden und sie deine Frau.

14 Wenn sie dir aber nicht mehr gefällt, darfst du sie entlassen, und sie darf tun, was sie will. Auf keinen Fall darfst du sie für Silber verkaufen. Auch darfst du sie nicht als Sklavin kennzeichnen. Denn du hast sie dir gefügig gemacht.

5. Mose 20

Der Krieg gegen Städte

Wenn du vor eine Stadt ziehst, um sie anzugreifen, dann sollst du ihr zunächst eine friedliche Einigung vorschlagen.

Nimmt sie die friedliche Einigung an und öffnet dir die Tore, dann soll die gesamte Bevölkerung, die du dort vorfindest, zum Frondienst verpflichtet und dir untertan sein.

Lehnt sie eine friedliche Einigung mit dir ab und will sich mit dir im Kampf messen, dann darfst du sie belagern.

gern.

Wenn der Herr, dein Gott, sie in deine Gewalt gibt, sollst du alle männlichen Personen mit scharfem Schwert erschlagen.

Die Frauen aber, die Kinder und Greise, das Vieh und alles, was sich sonst in der Stadt befindet, alles, was sich darin plündern lässt, darfst du dir als Beute nehmen. Was du bei deinen Feinden geplündert hast, darfst du verzehren; denn der Herr, dein Gott, hat es dir geschenkt.

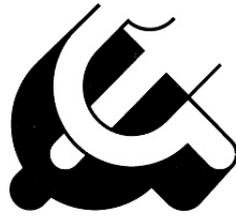
So sollst du mit allen Städten verfahren, die sehr weit von dir entfernt liegen und

nicht zu den Städten dieser Völker hier gehören.

Aus den Städten dieser Völker jedoch, die der Herr, dein Gott, dir als Erbbesitz gibt, darfst du nichts, was Atem hat, am Leben lassen.

Vielmehr sollst du die Hettiter und Amoriter, Kanaaniter und Perisiter, Hiwiter und Jebusiter der Vernichtung weihen, so wie es der Herr, dein Gott, dir zur Pflicht gemacht hat, damit sie euch nicht lehren, alle Gräueltaten nachzuahmen, die sie begingen, wenn sie ihren Göttern dienten, und ihr nicht gegen den Herrn, euren Gott, sündigt.

ERKLÄRUNG DES CoReP (KOLLEKTIV PERMANENTE REVOLUTION)



Le Pen, Sarkozy, Hollande, Valls ... Schnauze!

Ein fundamentalistisches Attentat gegen eine satirische und antiklerikale Zeitung

Am 7. Januar überfiel ein islamistisches Kommando die Redaktion der Wochenzeitung Charlie hebdo in Paris und ermordete die anwesenden Redaktionsmitglieder, unter ihnen die Zeichner Cabu, Charb, Honoré Tignous, Wolinski und den Wirtschaftspraxisprofessor Bernard Maris ("Onkel Bernard"). Sie exekutierten auch zwei weitere Mitarbeiter der Zeitung, Elsa Cayat und Frédéric Boisseau, sowie einen Besucher, Michel Renaud, den Korrektor Mustapha Ourrad und zwei Polizisten, die zum Schutz der Zeitung abgestellt waren, Frank Brinsolaro und Ahmed Merabet.

Die fanatischen Killer haben sich nicht "Frankreich" oder die Presse im Allgemeinen als Ziel gewählt, wie so viele fromme Seelen jetzt den Jugendlichen und Arbeiterinnen und Arbeitern einreden wollen, die übrigen

sofort richtig reagierten, indem sie gegen die Barbarei auf die Straße gingen. Sie haben nicht den Generalstab der Armee oder den Sitz eines Geheimdienstes (DGSE, DGCI ...), die rassistische Wochenzeitung Minute, den Fernsehsender TF1 oder die Redaktion des Le Figaro, alles Medien, die eng mit den Kapitalisten und der französischen Armee verknüpft sind, angegriffen.

Tatsächlich haben die obskurantistischen Islamisten Künstler und einen Lehrer ermordet. Sie wählten bewusst ein verletzliches Ziel, eine Zeitung, die für alle französischsprachigen Menschen in der ganzen Welt eine Verkörperung des Antirassismus, des Antiklerikalismus und Antimilitarismus ist. Deshalb hat unsere zweimonatliche Zeitschrift, « Révolution Communiste », vor kurzem Zeichnungen

von Cabu, Charb und Honoré übernommen.

Dieses Attentat steht in der Tradition der Bücherverbrennungen der Nazis, der Francisten und Islamisten; der klerikalen Attentate gegen Arbeiter in New York, Paris, Madrid und London; dem rassistischen Angriff auf eine jüdische Schule in Toulouse und den Morden in einem jüdischen Museum in Belgien; der reaktionären Angriffe auf pakistanische, afghanische oder nigerianische Mädchenschulen.

Offensichtlich gut ausgebildet, haben diese Fanatiker wahrscheinlich in Verbindung mit den bürgerlichen und mafiösen Netzwerken von Al-Qaida oder Daesh (IS) gehandelt. In den Gegenden die sie im Nahen Osten und Afrika kontrollieren, ent-

führen die islamisch-faschistischen Banden Journalisten und Mitarbeiter humanitärer Organisationen, foltern sie, verteidigen das Privateigentum, verbieten Streiks und liquidieren die Arbeiterorganisationen, töten mehr Araber und Kurden als Soldaten der imperialistischen und zionistischen Ar-



Aufmarsch der Heuchler: Nach den Morden in Paris versammeln sich Regierungschefs, die im eigenen Land die Presse unterdrücken, die Opposition verfolgen oder foltern lassen, und vergießen Krokodilstränen für die "Meinungsfreiheit"

meen, unterdrücken gewaltsam Frauen, junge Menschen und Homosexuelle, verbieten jegliche künstlerische Tätigkeit und verfolgen andere Überzeugungen.

Wer Charlie hebdo mundtot machen wollte: Armee und Klerus, UMP und Front Nationale

Im November 1970 wird die Wochenzeitung Hara-kiri, der « Vorfahre » von Charlie hebdo (und Siné mensuel) von der UNR-Regierung (heute UMP) Pompidous verboten. Im Januar 1996 zerrt der Verteidigungsminister der Regierung RPR von

Chirac (heute UMP) Charlie hebdo vor Gericht und gewinnt.

Im September 1995 klagt die Front-Nationale-Kandidatin zur Abgeordnetenversammlung in Neuilly, Marie-Caroline Le Pen (älteste Tochter des Gründers der FN, einem Folterer während des Algerienkrieges), die Zeitschrift und gewinnt. Im Dezember 1995 klagt der FN-Bürgermeister von Toulon, Jean-Marie Le Chevallier, und verliert. Im April 1996 führt die FN-Wochenzeitung einen Prozess und verliert. Im November 1997 klagt FN-Abgeordneter Le Chevallier neuerlich, da Charlie hebdo seine Verbindungen zum organisierten Verbrechen aufgedeckt hat, und verliert. Im Februar 1998 führt die FN-Bürgermeisterin von Vitrolles, Catherine Maigret, vier Prozesse gegen Charlie und verliert.

Fundamentalistische Katholiken (AGRIF) ergreifen mehrmals zwischen März 1994 und Juni 1998 rechtliche Schritte und verlieren die meisten Prozesse.

Der Französische Rat des muslimischen Glaubens (CFCM), die Große Moschee von Paris und die Union der Islamischen Organisationen Frankreichs UOIF (der Muslimbruderschaft nahestehend) klagen Charlie hebdo im Jahr 2006 zweimal, die Klagen werden aber abgewiesen. Im Jahr 2011 wird der Sitz der Zeitung angegriffen und in Brand gesteckt (die Urheber werden nie ausgeforscht).

Allein aus diesem Grund sind die Krokodilstränen, die von jenen, die Charlie hebdo schon immer zum Schweigen bringen wollten : Sarkozy (UMP) und Le Pen (FN), Ribadeau Dumas (Bischöfenskonferenz Frankreichs), Boubaker (CFCM) und Kotbi (UOIF) einfach zum Kotzen.

Der muslimische Fundamentalismus ist keine religiöse Überzeugung, sondern eine reaktionäre politische Bewegung. Er ist nicht die einzige, wie die Erklärung von Präsident Sarkozy belegt, der Priester als Lehrern überlegen bezeichnet; oder die homophoben Demonstrationen, die von der katholischen Kirche, faschistischen Gruppen, der UMP und der UDI unterstützt werden; Druck auf kritische Künstler; Drohungen von fundamentalistischen Christen gegen Ärzte, die Abtreibungen durchführen; fremdenfeindlichen Kampagnen der UMP und der FN ...

Die größten Terroristen sind die imperialistischen Staaten

Dschihadismus ist nicht die einzige faschistische Strömung, wie die Ermordung eines militanten Antifaschisten durch eine Nazi-Gruppe in Frankreich, die Morde an Türken durch eine Nazi-Bande (NSU) in Deutschland, das Massaker an jungen Sozialisten durch einen Nazi in Norwegen, das Niederprügeln von Migrantinnen und Migranten und die Ermordung eines Sängers durch das Goldene Morgenrauschen in Griechenland zeigt. Und so weiter ...

Der Islamismus ist ein Produkt der Zersetzung des Kapitalismus: er wurde von den Geheimdiensten der USA, Pakistans, der Türkei und Israels angeheizt; er wird von den Monarchien der Golfstaaten, Verbündeten der USA, finanziert; durch seinen Handel mit Drogen, Öl, Waffen ist er in den Weltkapitalismus eingebunden ... Es findet in den vom Imperialismus dominierten Ländern, aber auch unter den arabischen und muslimischen Minderheiten der beherrschenden Länder ein Echo, indem er sich irreführender Weise einen antiimperialistischen und antizionistischen Anstrich gibt.

Dies ist deshalb möglich, weil imperialistische Staaten wie Frankreich in ihrem Inneren ethnische Minderheiten (Schwarze und Latinos in Nordamerika, Araber, Türken, Pakistanis, Roma ... in Europa) diskriminieren. Sie unterstützen die zionistische

Kolonisierung Palästinas, schützen ihre kapitalistischen Konzerne, die außerhalb ihrer Grenzen die menschliche Arbeitskraft ausbeuten, greifen auf der ganzen Welt diplomatisch, politisch und militärisch ein, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, um despotische Regimes, Staatsstriche, Militärinterventionen und Morde zu unterstützen, um jene zu foltern, die ihre Herrschaft heraus zu fordern wagen ...

Gegen die nationale Einheit mit der imperialistischen Regierung, die fremdenfeindlichen Parteien und den obskurantistischen Klerus !

Nationale Einheit, ob gegen den Kaiser im August 1914 oder gegen die Dschihadisten im Januar 2015, ist immer Betrug am Proletariat und der Jugend zu Gunsten der herrschenden Klasse. Im Namen der nationalen Einheit empfängt der Präsident und Armeechef Hollande Sarkozy, Bayrou und Le Pen im Elysée. Die « patriotische Sammlung », die die Hollande-Valls-Regierung preist, wird zu nichts anderem führen als der politischen Stärkung der sich faschisierenden Partei FN und der offenen faschistischen Gruppen, der verallgemeinerten Bespitzelung der ganzen Bevölkerung, der Einschränkung der demokratischen Freiheiten, der Aufblähung des staatlichen Repressionsapparats (Geheimdienste, Armee, Nationale Polizei ...), der sich gegenüber dem Terrorismus machtlos erweist, aber eine Bedrohung für Streiks, soziale Kämpfe und die sozialen Revolution im In- und Ausland darstellt. Die GIPN (Groupes d'Intervention de la Police Nationale) wurde bereits gegen streikende Postbedienstete eingesetzt, die GIGN (Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale) hat gegen streikende Seeleute interveniert.

Die Journalisten- und Druckergewerkschaften müssen Charlie hebdo ihre volle Unterstützung gewähren, damit die Zeitung weiterleben kann. Alle Organisationen, die aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden sind – Parteien ebenso wie Gewerkschaften – müssen die Nationale Einheit aufkündigen, mit der Bourgeoisie, all ihren Parteien, dem Staat und der Regierung in ihren Diensten brechen.

Die Arbeiter dieses Landes, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder ohne Religionszugehörigkeit, müssen sich zusammenschließen, um die demokratischen Freiheiten zu verteidigen, beginnend mit der Pressefreiheit und der Beseitigung jeder Zensur. Sie müssen alle faschistischen Aktionen und auch die fremdenfeindlichen und islamfeindlichen Kampagnen der bürgerlichen "republikanischen" Parteien wie der UMP oder der faschisierenden FN bekämpfen, ebenso wie die militärischen Interventionen des französischen Imperialismus und die Jagd auf Einwanderer durch die PS-PRG-Regierung. Um den Faschismus in all seinen Formen dauerhaft zu beseitigen, müssen wir den Kapitalismus in diesem Land und in der ganzen Welt mit Hilfe der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder beseitigen.

- **Ehren wir das Andenken von Cabu, Charb, Honore Ti-nouss, Wolinski!**
- **Hände weg von den Arabern und den islamischen Kultstätten!**
- **Keine Einschränkung der demokratischen Freiheiten!**
- **Arbeitereinheit gegen alle Rassisten und Faschisten, gegen den Polizeistaat und die imperialistischen Arme!**

ERSTE ERKLÄRUNG DES COREP (KOLLEKTIV PERMANENTE REVOLUTION) ZU GRIECHENLAND (VOR DEN WAHLEN)



Für eine Arbeiterregierung zur Schuldenannullierung

- Trotz der Verleumdungen, der Manipulationen und der Unterdrückung durch die Regierung Samaras (ND-Pasok), trotz der Einmischung der Europäischen Kommission und der deutschen Regierung in den Wahlkampf gilt die Partei SYRIZA schon jetzt als der Sieger bei den Parlamentswahlen am 25. Jänner.

Ein schwaches Glied der EU

Kein Staat ist der weltweiten kapitalistischen Krise 2007 – 2009 entkommen ; freilich war jeder anders davon betroffen. Griechenland hatte ein anhaltendes Wachstum (das BIP stieg im Schnitt um 4 % jährlich) seit seinem von den imperialistischen Bourgeoisien Westeuropas durchgeführten Beitritt zur EU 1981. 2007 entpuppte es sich als sein schwächstes Glied. Der griechische Kapitalismus versank in einer wahren Depression (das BIP verringerte sich um ein Viertel seit 2009), teuer bezahlt von den Arbeitern in Stadt und Land (insbesondere die Jugendlichen und die Einwanderer).

Die Einnahmen der Staates waren wegen der Steuerflucht der kapitalistischen Gruppen (die Reeder etwa zahlen prak-

tisch keine Steuern) und dem Geiz des Klerus (die christlich-orthodoxe Kirche zahlt keine Steuern auf ihr Vermögen, obwohl sie bereits der größte Grundbesitzer des Landes ist und einen Gutteil der schicken Viertel der Reichen und der touristischen Städte besitzt sowie Aktionär der griechischen Nationalbank ist) bereits verkümmert.

Die Rezession hat die Steuereinnahmen weiter verringert. Also hat sich der Staat noch mehr auf dem internationalen Finanzmarkt geliehen, aber er ist auf die Zurückhaltung der Kreditgeber (Banke, Versicherungen, Pensionsfonds) geprellt. Diese wurden mißtrauisch wegen der hohen Staatsschuld und der ökonomischen Krise. Im April 2010 war der Staat gezwungen, sich an die EU und den IWF (Internationaler Währungsfond), dem weiter von den USA dominierten gemeinsamen Finanzierungsinstrument der Weltmächte, zu wenden. In Summe hat der griechische Staat seit Mai 2010 227 Milliarden Euro Darlehen des Europäischen Stabilitätsfonds und des IWF erhalten. Im Gegenzug mußte sich die griechische Bourgeoisie von ihrem Traum der regionalen Großmacht lossagen und die Erniedrigung durch die Einflußnahme durch die Troika (EU,



Das Kollektiv Permanente Revolution(CoReP)

www.revolucionpermanente.com



Frankreich:
**GRUPE MARXISTE
INTERNATIONALISTE**
<http://groupemarxiste.info>

Peru:
**REVOLUCION PERMANENTE
(PERU)**

<http://luchamarxista.blogspot.fr/>



EZB (europäische Zentralbank), IWF) ertragen.

Die Rettung der Profite der kapitalistischen Konzerne

Das Geld der EU und des IWF wanderte auf zwei Arten in die Taschen der Finanzgruppen : die Rückzahlung der Schulden und die Zahlung der Zinsen an die internationalen Gläubiger, die Rekapitalisierung der griechischen Banken.

Das nationale Vermögen (darunter die staatlichen Unternehmen) wurden spottbillig an große imperialistische Konzerne (etwa chinesische) verkauft. Die Popen blieben auf der Gehaltsliste des Staates und der Repressionsapparat blieb ausgespart. Die Regierung ging sogar soweit, die Löhne der Polizei und der Richter zu erhöhen. Die Armee und die Polizei

statten sich weiter bei den französischen, amerikanischen, deutschen und belgischen Rüstungskonzernen aus. Die Polizei ist nach europäischen Maßstäben besonders brutal. Die Armee lastet mit einer Putschdrohung auf dem politischen Alltag. Gemeinsam mit dem Klerus schürt sie den Patriotismus und hält die Spannungen mit der benachbarten Türkei aufrecht.

Hinter dem Deckmantel der Forderungen der « Troika » haben die Regierungen der beiden wichtigsten bürgerlichen Parteien ND und PASOK, getrennt oder zusammen, die sozialen Ausgaben seit sieben Jahren, zu Lasten insbesondere der Spitäler und der Schulen, geopfert. Die schädlichen Folgen für die arbeitende Bevölkerung kommen zur Massenarbeitslosigkeit noch dazu (die offizielle Arbeitslosenrate : 27,6 %). Die Arbeiterklasse ging daraus überausgebeutet und verarmt hervor. Die Löhne fielen um 38 %, die Pensionen um 44 %, die Selbstmordrate stieg um 44 % in 4 Jahren.

Die Ablenkungsmanöver : 4 Parliamentswahlen, 32 Aktionstage

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde bis jetzt durch die von der herrschenden Klasse organisierten Wahlen kanalisiert (September 2007, Oktober 2009, Mai 2012, Juni 2013) und durch die Politik der Arbeiterbürokratien. Die Kombination von kapitalistischer Krise, nationaler Demütigung und die Unfähigkeit der Massenorganisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Errungenschaften zu verteidigen, gegen die Regierungen der PASOK und der ND zu kämpfen und eine revolutionäre Perspektive zu eröffnen hat den Aufstieg der faschistischen Parteien genährt : Laos und vor allem XA (das Goldene Morgengrauen).

Die Gewerkschaftsführungen (Adedy, Gsee, Pame) haben die ohnmächtigen « Aktionstage » mehrfach wiederholt um einen Generalstreik zu verhindern und den griechischen Kapitalismus zu schützen, mit der Unterstützung der reformistischen Parteien (SYRIZA, KKE, Dimar) und der zentristischen Grup-

pen..

Jeder Sieg kam von Arbeitskämpfen – inklusiver 32 Generalstreiks. Zu gewährleisten, daß das weitergeht wird der Schlüssel sein für die Hoffnung, die SYRIZA verspricht. (SWP, Socialist Worker, GB, 13. Jänner 2015)

Ein Zeichen für dieses Potential war der Anstieg der sozialen Kämpfe in Griechenland Ende letzten Jahres, als die politische Krise losbrach – einschließlich des ersten Generalstreiks seit sieben Monaten, zu dem die großen Gewerkschaften aufgerufen hatten. (ISO, Socialist Worker, USA, 13. Jänner 2015)

Diese politische Veränderung ist das Ergebnis des sozialen Widerstandes gegen die Angriffe der herrschenden Klassen und der EU. An die 30 Tage Nationalstreik... (QI, Inprecor, Jänner 2015)



Illusionen in SYRIZA - Illusionen durch SYRIZA ...

SYRIZA, KKE und Dimar entstammen dem Stalinismus, der die griechische Revolution entwarfnete als die britische Armee 1944 auftauchte, um den Kapitalismus und seinen Staat zu retten. Keiner ist über das Erbe des Stalinismus hinausgegangen (dem »Sozialismus in einem Land«, dem Linksradikalismus, der Klassenkollaborati-

on mit der Bourgeoisie,...).

Die demokratische Linke (Dimar) steht einer Allianz mit der SYRIZA, aber auch den Grünen und der PASOK, einer nationalistischen bürgerliche Partei und Mitglied der SI (Sozialistische Internationale). Die Dimar war sogar von Juni 2012 bis Juni 2013 Mitglied der bürgerlichen und arbeiterfeindlichen Regierung Samaras mit der ND und der PASOK.

Seit der Krise spaltet die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) auf eine fürchterliche Art die Reihen der Arbeiter und Studenten ; sie spaltet zugunsten ihrer Fraktion PAME, die zu getrennten Demonstrationen aufruft, die Gewerkschaftsverbände. Wenn sie vom Sozialismus spricht, bezieht sich das auf eine ferne Zukunft. Ihr angeblicher Sozialismus beschränkt sich auf das Staatseigentum an den Produktionsmitteln, und das noch dazu in den engen Grenzen Griechenlands.

SYRIZA sät gefährliche Illusionen

Die relative Stimmenmehrheit könnte reichen, um der Koalition der radikalen Linken (SYRIZA) eine Mehrheit zu sichern. Diese fordert eine « Konferenz zu den europäischen Schulden » um die griechischen Schulden um zwei Drittel zu reduzieren. Sie fordert ein sofortiges « Moratorium » zur Tilgung der Schulden (Umschuldungen bei Fälligkeiten, Zinszahlungen). Sie fordert ausserdem den Abzug von bestimmten Staatsausgaben (wie die Bankenrekapitalisierung) vom öffentlichen Defizit.

Die Bevormundung der Troika soll im Frühling aufgehoben werden, welche Regierung auch im Amt sei. Wenige Ökonomen gehen davon aus, dass Griechenland eines Tages fähig sein würde, seine Anleihen (318 Milliarden Euro, also 175 % seines BIP) zurück zu zahlen. SYRIZA ist sogar schon vor dem

Zugang zur Macht zurückgerudert, weil ja ein Teil des Gehörs, dass sie gefunden hat, von ihrem Programm von 2012 herührt, als SYRIZA von der einseitigen Streichung der gesamten Schulden sprach. Folglich erwägt sie, daß ein Teil der Schulden der griechischen Bourgeoisie von den griechischen Arbeitern bezahlt werden soll.

Der Rest des von Alexis Tsipras im Dezember präsentierten Programms ruht auf « vier Säulen ». Angesichts der humanitären Krise würde die Regierung die Versorgung armer Familien (nur 300.000) und die medizinische Behandlung von Arbeitslosen ohne Versicherung subventionieren. Um das Wachstum anzustoßen, würde sie die Grundsteuer für Kleineigentümer aufheben, die Steuergrenze der Einkommensbezieher erhöhen und eine Investmentbank (neben dem Banksystem) einrichten. Für die Beschäftigung würde sie die Maßnahmen gegen das Arbeitsrecht aufheben, den Mindestlohn wieder auf 751 Euro festlegen, und Arbeitsplätze schaffen. Schließlich würde sie sich um die Stärkung der Demokratie mit neuen Gesetzen kümmern, jedoch ohne die Finanzierung des Klerus zu beenden, ohne das Repressionskorps aufzulösen und ohne das Volk zu bewaffnen.

SYRIZA will den griechischen Kapitalismus reformieren indem sie die Spitze des bürgerlichen Staates ergreift, ohne das Privateigentum der Produktionsmittel in Frage zu stellen, ohne das Großkapital und die Kirche zu enteignen und indem sie in der NATO bleibt. Sicher, viele der angekündigten Maßnahmen sind fortschrittlich, und wenn sie durchgeführt werden, verdienen sie die Unterstützung der Arbeiterschaft. Aber es ist nicht sicher, ob diese Maßnahmen jemals das Tageslicht erblicken werden, wenn der Kapitalismus und seine bewaffneten Banden, legal oder faschistisch, ihre Zähne zeigen werden. Die Beispiele der UP (Unidad Popular, Volkseinheit Allendes) in Chile 1973 oder der UG (Union de Gauche, Union der Linken) in Frankreich 1982 zeigen, daß die Reformisten vor ihrer herrschenden Klasse kapitulieren.

Zahlreiche zentristische Strömungen (darunter die mit der NPA [Neue Antikapitalistische Partei] in Frankreich verbundene « IV. Internationale ») verbergen angesichts der Umfragen ihren Enthusiasmus nicht. Ihrer Meinung nach genügt es, daß sich die Arbeiter über die Wahlen hinaus mobilisieren, um die Politik von SYRIZA zu unterstützen und diese vorwärts treiben.

Eine Niederlage der ganzen Rechtsparteien und ein Sieg der SYRIZA bei den Parlamentswahlen vom 25. Jänner könnte den Kampf gegen die Austeritätspolitik in Europa zum Kippen bringen (QI, Inprecor, Jänner 2015)

Der Einsatz ist hoch – deshalb braucht SYRIZA und die griechische Arbeiterklasse die Solidarität Europas und der ganzen Welt bei ihrem Kampf gegen die Bankokraten um den Austeritäts-Alb-

traum endgültig zu stoppen. (ISO, Socialist Worker, 6. Jänner 2015)

In Frankreich haben die Linkunion, EELV (Europe Écologie - Les Verts, Ökologisches Europa – Die Grünen), die PdG (Parti de Gauche, Linkspartei) und die PCF (Parti Communiste Français, Kommunistische Partei Frankreichs), am 19. Jänner eine Unterstützungsversammlung für SYRIZA organisiert. Die bürgerliche Ökopartei EELV war bis vor kurzem Teil der Regierung Hollande – und das zur Zeit der Kürzung der Arbeiterpensionen und der Mali-Intervention. Die PCF und der Gründer der PdG waren Mitglieder der Regierung Jospin, als diese massiv privatisierte und am Krieg der NATO gegen Serbien teilnahm. Im selben Land beweist die Unterstützung der faschisierenden Partei FN für SYRIZA - was letztere stark irritiert ! - daß ihr Programm den Kapitalismus respektiert.

Für den Bruch der Arbeiterorganisationen mit der Bourgeoisie

Keine Arbeiterin und kein Arbeiter kann für die bürgerlichen Parteien stimmen (PASOK, ND, To Potami, Goldenes Morgenrauen, ...) ; wenn sie oder er wählen will, kann sie/er nur für die Kandidaten der Arbeiterbewegung sein (Dimar, SYRIZA, KKE, Antarsya, OKDE-EP, EEK).

Wenn SYRIZA und die KKE mit ihrer und den europäischen Bourgeoisien brechen würden, würden sie den Enthusiasmus der Arbeiterklasse in Griechenland und darüber hinaus entfachen. Aber diese bürgerlichen Arbeiterparteien bereiten wieder nur neue Enttäuschungen vor und steigern so das Risiko eines militärischen und faschistischen Staatsstreiches.

Um zum Sozialismus zu gelangen, braucht es die Bildung einer revolutionären Arbeiterpartei, welche der herrschenden Klasse und dem Imperialismus die Stirn bietet, in Verbindung mit dem Wiederaufbau einer kommunistischen Internationale.

- **Annulierung der öffentlichen Schulden ! Enteignung der Banken und der großen Unternehmen !**
- **Raus aus der NATO ! Auflösung der Armee und der Polizei ! Bewaffnung des Volkes gegen die Polizei und die Faschisten ! Demokratische Rechte für die Rekruten !**
- **Trennung von Kirche und Staat !**
- **Einheit der griechischen Arbeiter mit den Immigranten ! Komitees für die Arbeiter- und Volkskontrolle, die alle Arbeiter in den Betrieben, den Ämtern, den Wohnvierteln, den Dörfern und den Universitäten umfassen !**
- **Arbeiter- und Bauernregierung ! Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa, inklusive der Türkei !**

**Die Gruppe Klassenkampf kontaktieren:
gruppe.klassenkampf@gmail.com**

**Unsere Postadresse:
Gruppe KLASSENKAMPF
Stiftgasse 8
A-1070 Wien**



ZWEITE ERKLÄRUNG ZU GRIECHENLAND (NACH DEN WAHLEN):

Für eine SYRIZA-KKE-Regierung ohne bürgerliche Minister!

Ein massives Votum für SYRIZA

Am 25. Januar stimmten die griechischen Arbeiter mit überwältigender Mehrheit für SYRIZA (Koalition der Radikalen Linken: 36,3% der Stimmen), die versprochen hatte, die Schulden der Regierungen ND und PASOK zu annullieren. Andere stimmten aus Misstrauen gegenüber SYRIZA für die andere aus dem Stalinismus hervorgegangene Partei, die KKE (Kommunistische Partei Griechenlands: 5,5%).

Die Arbeiterinnen sind es leid, die Bürde der Depression, die den griechischen Kapitalismus seit der globalen Krise von 2007-2009 getroffen hat, der reaktionären Politik der bürgerlichen Regierungen und der Troika (EU-IWF-EZB) weiter zu tragen: 27,6 % Arbeitslose, 38% geringere Löhne, 44% weniger Pensionen ...

Im Gegensatz dazu hat das Großkapital (einschließlich der Reeder) und die orthodoxe christliche Kirche (der größte Grundbesitzer) weiterhin Steuern hinterzogen. Wie überall hat die "Sparpolitik" die öffentlichen Gesundheitsdienste und die öffentliche Erziehung getroffen, aber Polizei und Armee verschont.

Die Linkspartei [in Deutschland], die NPA, KPF und die Parti de Gauche [Partei der Linken, alle

Frankreich] säen Illusionen in SYRIZA. Die Arbeiter in Deutschland und Frankreich dürfen sich nicht mit leeren Phrasen über eine Partei abspeisen lassen, die auch die Unterstützung der Front Nationale [in Frankreich] genießt. Die Verantwortung der deutschen und französischen Arbeiterorganisationen besteht darin, für die Annullierung der Schulden der Banken und Regierungen ihrer jeweiligen Länder gegenüber Griechenland zu kämpfen.

In der Tat wurden die EU-Darlehen verwendet, um die griechischen, deutschen und französischen Banken zu retten, die an den griechischen Staat Geld verliehen und der griechischen Armee ermöglicht hatten, weiter bei deutschen und

französischen kapitalistischen Konzernen einzukaufen (im Vorjahr allein 26 Milliarden Euro Einnahmen für die französische Rüstungsindustrie).

32 "Aktionstage", um die bürgerlichen Regierungen zu Retten

Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse wurde durch die Gewerkschaftsführungen im Zaum gehalten, welche die Kampfbereitschaft mit 32 "Aktionstage" zersplitterten statt zum Generalstreik aufzurufen, mit dem die Angriffe zurückgeschlagen und die bürgerlichen Regierungen von ND oder PASOK oder ND-PASOK besiegt werden hätten können.

SYRIZA, KKE und Antarsya haben diese Ablenkungsmanöver unterstützt, so wie sie zum Respekt vor dem Parlament aufriefen, die Wahlen abwarteten und die Legitimität der Regierungen ND, PASOK und ND-Pasok anerkannten. Sie hüteten sich, die Bildung von räteartigen Organen zu fördern. Stattdessen hat die KKE bedenkenlos die Reihen der Arbeiter und Schüler

gespalten : Spaltung der Gewerkschaften, getrennte Demonstrationen, gegen andere Arbeiterorganisationen zu ihrer Rechten (SYRIZA) und Linken gerichtete Kampagnen.

Nach der Parlamentswahl haben einander beide Parteien den Rücken gekehrt, weit davon entfernt, eine Arbeiterregierung auf einem Programm im Interesse der Arbeiter zu bilden, die von beiden Parteien zurückgedreht. Die KKE macht den Austritt aus der Europäischen Union zur Vorbedingung indem sie glauben macht, der griechische Kapitalismus wäre mit der Drachme und der Schließung der Grenzen besser dran.

SYRIZA bildeten eine Volksfront mit einer bürgerlichen Partei



Panos Kammenos und Alexis Tsipras - glückliche Volksfront

Der erste Besuch des Führers der SYRIZA galt dem Oberhaupt der orthodoxen Kirche. SYRIZA hat sich entschieden, ein Bündnis mit AN.EL einzugehen (Unabhängige Griechen: 4,8% der Stimmen) einer nationalistischer bürgerliche Partei und Rechtsabsplaltung der ND, mit Kirche und Armee verbunden, migrantenfeindlich und antisemitisch. Der Vorwand von SYRIZA ist, dass eine nationale Einheit zwischen den Parteien, die Griechenland den Klauen des Auslands entreißen wollen, notwendig wäre. Die Grundlage der Regierung sind daher der bürgerliche Staat, Kapitalismus und Nationalismus. Gegen die Revolution, den Sozialismus und Internationalismus.

Ohne Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie wird die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verbessert und stattdessen die Faschisten (XA, Goldenes Morgengrauen: 7% der Stimmen; LAOS: 3%) gestärkt werden. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung der bolschewistischen Partei und der Partei der linken Sozialrevolutionäre war die Annu,ierung der Schulden der russischen Bourgeoisie (Februar 1918). Die erste Erklärung der Regierung von SYRIZA und AN.EL war die Anerkennung der Schulden ihrer Bourgeoisie bei den deutschen und französischen Bourgeoisien und lediglich die Bitte um deren Neuordnung. Sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter weiter für die Banken und die Armee bezahlen, statt die Reeder und Bischöfe?

Ebenso hat die Volksfront-Regierung erklärt, dass sie die früheren Privatisierungen auf sich beruhen lassen werde. Ebenfalls kein Thema ist der Austritt aus der NATO und die

Schließung der US-Militärbasis auf Kreta.

Für den Bruch mit der Bourgeoisie!

Alle Arbeiterinnen und Arbeiter, ob sie sich der Stimme enthalten oder SYRIZA, KKE Antarsya, OKDE-EP oder EEK gewählt haben, ob sie die griechische Staatsangehörigkeit besitzen oder Moigranten sind, müssen sich gemeinsam in Betriebs-, Stadtteil-, Kasernen- oder Dorfkomitees organisieren um den Bruch von SYRIZA mit der Bourgeoisie zu fordern, um die Schulden und Privatisierungen vollständig zu beseitigen, um die Nazis, die "Anti-Aufstands-Polizei" (MAT) und den Generalstab zu entwaffnen, die gleitende Lohn- und und Arbeitszeitskala einzuführen, die Kirche und Staat zu trennen, um die gleichen Rechte für ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zu erzwingen.

Durch seine Ausschüsse und deren Zentralisierung wird das Proletariat seine Regierung bilden, die Bewaffnung des Volkes, die Enteignung der Kapitalisten und die Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und der Sozialistischen Föderation des Mittelmeers durchsetzen können. Zu diesem Zweck muss eine internationalistische kommunistische Partei, Sektion der künftigen revolutionären Arbeiterinternationalen, aufgebaut werden.

CoReP und GRUPPE KLASSENKAMPF IM INTERNET



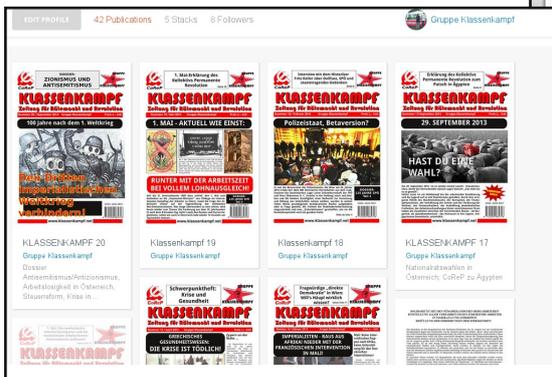
Die mehrsprachige Website des Kollektivs Permanente Revolution:

<http://www.revolucionpermanente.com/>



Die GKK im Internet:

<http://www.klassenkampf.net>



Das Online-Archiv der GKK: <http://issuu.com/gruppeklassenkampf/>

Fortsetzung von der vorigen Seite

massive und gut organisierte Bewegung kann weitere Angriffe dieser Regierung und der Kongreßmitglieder aller Unternehmerparteien auf die Jugend verhindern.

Neuerlich zeigt, daß eine Einheitsfront aller Unterdrückten notwendig ist. Das Nationale Einheitskampfkomitee (CNUL, Comité Nacional Unitario de Lucha) muss aufhören, nur ein Briefkopf zu sein, der die Arbeiterklasse und das Volk nicht führt, um alle Forderungen zu bündeln und den unbefristeten Generalstreik zu organisieren. Wenn die Gewerkschaftsbüro-

kratie der CGTP und der CUT nicht bereit sind, wie sie bereits gezeigt haben, die Forderungen und Kämpfe bis zu ihren letzten Konsequenzen zu führen, müssen sie von ihren Posten enthoben und von basisdemokratisch gewählten Delegierten ersetzt werden, von Genossen, die wahrhaftig der Verteidigung der Interessen der Ausgebeuteten verpflichtet und Befürworter der Bildung einer einzigen klassenkämpferischen Gewerkschaft der Massen sind. Diese wäre ein echtes Instrument im Dienste der Arbeiterschaft in Stadt und Land.

Für eine Arbeiter- und Volksregierung!

Hintergrund



Photographer: José Cruz/ABrCropped (lossless) Lizenziert unter CC BY 3.0 br über Wikimedia Commons

Ollanta Moisés Humala Tasso (* 27.

Juni 1962) ist ein peruanischer Politiker, ehemaliger Oberstleutnant der peruanischen Armee und seit dem 28. Juli 2011 Staatspräsident von Peru.

Im Oktober 2000 führte er eine Meuterei von ca. 50 bis 60 Soldaten gegen den diktatorisch regierenden damaligen Präsidenten Alberto Fujimori an, an der auch sein Bruder Antauro Humala teilnahm. Dabei nahmen sie einen General und vier Minenarbeiter als Geiseln. Ollanta Humala wurde zunächst festgenommen und aus der Armee entlassen, nach dem Sturz Fujimoris jedoch rehabilitiert und zum peruanischen Militärattaché in Paris und später in Seoul befördert. Im Dezember 2004 wurde er von diesem Posten abgelöst.

Im Oktober 2005 wurde Ollanta Humala zum Vorsitzenden der Partido Nacionalista Peruano (PNP, Nationalistische Partei Perus) gewählt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 9. April 2006 trat er für Unión por el Perú an unterlag aber in der Stichwahl Alan García.

Bei den Wahlen in Peru 2011 trat er erneut als Präsidentschaftskandidat an. Im April 2011 erhielt er in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mit 31,1 Prozent überraschend die meisten Stimmen, musste sich aber in einer am 6. Juni angesetzten Stichwahl der rechtskonservativen Kandidatin Keiko Fujimori stellen, die er knapp gewann.

Zusammengestellt aus: Wikipedia

¡¡NO AL RÉGIMEN LABORAL JUVENIL!!
¡¡COMBATIR LA POLÍTICA ANTI-TRABAJADORA DEL HUMALISMO!!
¡¡DERROTAR AL GOBIERNO Y AL CONGRESO!!

El gobierno capitalista de Ollanta Humala, siguiendo por la senda neoliberal ultra-reaccionaria iniciada por Fujimori y continuada por Toledo y García, vuelve a asestar un duro golpe en contra de los trabajadores; esta vez dirigió su artillería contra los jóvenes.

El pasado martes 16 de noviembre en el boletín de Normas Legales de "El Peruano" fue publicada la Resolución Suprema que promulgó la nefasta Ley del Régimen Laboral Juvenil, la cual vulnera de manera escandalosa una serie de derechos adquiridos.

Esta norma, parte del 4to. paquete para el "crecimiento" económico, reduce el periodo vacacional a sólo 15 días y la indemnización por despido, además elimina el pago de la compensación por tiempo de servicio (CTS), las gratificaciones, utilidades, la asignación familiar y el seguro de vida para los jóvenes entre 18 y 24 años que por primera vez figuren en una planilla o que lleven 90 días desempleados.

Una vez más el Estado de la burguesía se revela como un instrumento al servicio de un sistema económico (el capitalismo) que al encontrarse sumido en una crisis histórica irreversible se perpetua pauperizando las condiciones de vida de los trabajadores.

Así mismo, el 18 de diciembre último, la policía, un brazo armado de la burguesía, reprimió ferozmente a los jóvenes que se movilizaron como respuesta a la imposición de Ollanta Humala, marioneta de la patronal; aquel milico que en campaña prometió una falaz "gran transformación" y que contó con la complicidad de toda la izquierda reformista.

La juventud debe organizarse en sus centros de trabajo, de estudio, en sus barrios, a nivel nacional. Solo un masivo y bien organizado movimiento puede impedir que este gobierno y los congresistas de todos los partidos patronales continúen agrediendo a los jóvenes.

Una vez más queda demostrado que es preciso luchar siempre en frente único de todos los oprimidos. El Comité Nacional Unitario de Lucha (CNUL) debe dejar de ser solo un membrete que no conduce a la clase obrera y al pueblo, para unificar todas las demandas hacia una necesaria Huelga General Indefinida. Si la burocracia sindical de la CGTP y la CUT no están dispuestas, como ya lo han demostrado, a articular y dirigir las luchas hasta sus últimas consecuencias, deben ser expulsadas de sus puestos y reemplazadas por delegados elegidos democráticamente por las bases, por compañeros verdaderamente comprometidos con la defensa de los intereses de los explotados y abocados a la creación de una única Central clasista de masas, que sea un genuino instrumento al servicio de los trabajadores de la ciudad y del campo.

¡POR UN GOBIERNO OBRERO Y POPULAR!

REVOLUCIÓN PERMANENTE / 19 de diciembre 2014

<http://luchamarxista.blogspot.com/>

Email: revolucionpermanente.rp@gmail.com



Das Flugblatt unserer peruanischen Genossen

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien

Peru ist ein Staat im westlichen Südamerika und grenzt im Norden an Ecuador und Kolumbien, im Osten an Brasilien, im Südosten an Bolivien, im Süden an Chile und im Westen an den Pazifik.

Hauptstadt: Lima
Währung: Nuevo Sol
Bevölkerung: 30,38 Millionen (2013)
Amtssprachen: Spanische Sprache, Quechua, Aymara



PERU

Nein zum Jugendarbeitsgesetz! Kampf der arbeiterfeindlichen Politik Humalas! Nieder mit der Regierung und dem Kongreß!



Die vergangenen Monate haben in Peru eine Reihe von landesweiten Protestaktionen der Jugend gesehen. Wir drucken hier ein Flugblatt unserer Genossen des Kollektiv Permanente Revolution in Peru ab, das grundlegende Informationen zu dieser Bewegung enthält.

Die kapitalistische Regierung von Ollanta Humala setzt den von Fujimori begonnenen und von Toledo und García fortgesetzten ultrareaktionären neoliberalen Kurs fort und versetzt den Arbeitern einen weiteren harten Schlag. Diesmal richtete sie ihre Geschütze gegen die Jugend.

Vergangenen Dienstag, den 16. November, wurde im amt-

lichen Teil von "El Peruano" die höchstinstanzliche Entscheidung veröffentlicht, die das unheilvolle Gesetz zur Regelung der Jugendarbeit erließ, welches auf skandalöse Weise eine Reihe von erworbenen Rechten verletzt.

Diese Norm, Teil des vierten ökonomischen "Wachstumspakets", reduziert für Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren, die zum ersten

Mal arbeiten oder 90 Tage arbeitslos waren, den Urlaubsanspruch auf nur 15 Tage, kürzt die Kündigungsentschädigung, beseitigt die Abfertigungen (CTS, compensación por tiempo de servicio), sowie die Unternehmerabgaben für soziale Sicherheit, Altersvorsorge und die Familienbeihilfe.

Ein weiteres Mal erweist sich der bürgerliche Staat als Instrument im Dienste eines ökonomischen Systems (dem Kapitalismus), das sich angesichts einer irreversiblen historischen Krise durch eine weitere Verelendung der Arbeiter am Leben erhält.

Genau so hatte die Polizei, ein bewaffneter Arm der Bourgeoisie, am vergangenen 18. Dezember gewaltsam die Jugendlichen unterdrückt, die gegen die neuen Sparauflagen von Ollanta Humala, der Marionette der Unternehmerschaft, mobilisierten. Dieser Offizier, der im Wahlkampf eine betrügerische "große Transformation" versprach und auf die Komplizenschaft der ganzen reformistischen Linken rechnen konnte.

Die Jugend muß sich an ihren Arbeitsstätten, Universitäten und Schulen, in den Wohnvierteln, auf nationaler Ebene organisieren. Nur eine *weiter auf der vorletzten Seite*